

# Editorial

Mit dieser Nummer präsentiert sich unser Mitglieder- und Fachorgan in einem leserfreundlicheren und übersichtlicheren Layout. Das veränderte, augenfreundlichere Schriftbild führt leider dazu, dass uns künftig ein Drittel weniger Platz zur Verfügung steht. Um keine Abstriche am Informationsgehalt machen zu müssen, soll die Website unseres Fördervereins stärker als in der Vergangenheit die „Mitteilungen“ inhaltlich ergänzen. So werden künftig eine ganze Reihe von Annotationen, Rezensionen, Berichten und auch Beiträgen zur Geschichte von Archiven, Bibliotheken und Vereinen nur elektronisch zur Verfügung stehen. Einen Hinweis auf diese Texte werden Sie stets in den „Mitteilungen“ finden. Die Homepage des Förderkreises steht allen Leser offen, die entsprechende Beiträge veröffentlichen oder neue Publikationen besprechen möchten. Auch kleine Aufsätze, biografische Skizzen oder Informationen sind willkommen. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit unserer Website-Betreuerin Sylvia Gräfe (s-graefe@live.de) in Verbindung.

Den Auftakt des vorliegenden Heftes bildet der Beitrag „Archive in Not“ von Reinhard Kluge, in dem sehr anschaulich die immer schwieriger werdende Situation der deutschen Archive – vor allem hinsichtlich ihrer prekären Personalausstattung – aufgezeigt wird. Rainer Holze und Wolfgang Hasibether stellen die alternative Peter-Weiss-Bibliothek in Berlin-Hellersdorf bzw. das Archiv der Wilhelm-Leuschner-Stiftung in Bayreuth vor. Mit hierzulande weitgehend unbekanntem Archivbeständen macht Dominique Moser-Brossy (Leiterin der Bibliothek und des Archivs des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes) in ihrem Beitrag „Die Aktenbestände des Oltener Aktionskomitees“ (1918) bekannt, während Andreas Diers und Rudolf Steffen die im Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Bremen aufbewahrte Archivüberlieferung zum Bremer „Tottenbund“, einer „Pflanzschule des Communismus“ (1852), vorstellen. Ein besonderes Zeitdokument zum Raub jüdischen Eigentums in den Jahren des Hitlerfaschismus legt Jörg Wollenberg vor. Die Rubrik „Tagungen und Konferenzen“ informiert über die 50. Linzer Konferenz der ITH (Jörg Wollenberg), die 45. Tagung der IALHI in New York (Urs Kälin) sowie eine Konferenz zum Thema Erster Weltkrieg in Wuppertal (Bernd Hüttner). Zwei junge Wissenschaftler (Dennis Egginger-Gonzalez und David Bebnowski) stellen ihre Promotionsprojekte vor. Auch in diesem Heft veröffentlichen wir die Autorreferate der beiden letzten Vorträge aus der „Gemeinsamen Vortragsreihe“ im Bundesarchiv. Vorangekündigt wird eine vom Berlin-Brandenburger Bildungswerk gemeinsam mit unserem Verein am 25. April 2015 in Berlin veranstaltete Konferenz zur Problematik „1945 – Zur geistigen Situation nach der Befreiung“. Weitere Informationen, Buchbesprechungen und nicht zuletzt der Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2014 runden das Bild ab.

*Herausgeber und Redaktion*

# INHALT

Editorial .....	1
<i>Die Redaktion</i>	
Archive und Bibliotheken	
<b>Archive in Not</b> .....	4
<i>Prof. Dr. Reinhard Kluge</i>	
<b>Die alternative Peter-Weiss-Bibliothek in Berlin-Hellersdorf</b> .....	8
<i>Dr. Rainer Holze</i>	
<b>Das Archiv der Wilhelm-Leuschner-Stiftung Bayreuth</b> .....	10
<i>Wolfgang Hasibether</i>	
<b>Franz-Neumann-Archiv Berlin e.V. stellte Tätigkeit ein</b> .....	13
<i></i>	
Ausgewählte Archivbestände	
<b>Die Aktenbestände des Oltener Aktionskomitees</b> .....	14
<i>Dominique Moser-Brossy</i>	
<b>Bremer „Todtenbund“ – „Pflanzschule des Communismus“: Der Aktenbestand im Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Bremen</b> .....	20
<i>Dr. Andreas Diers / Rudolf Steffens</i>	
Besondere Zeitdokumente	
<b>Arisierung: Raub jüdischen Eigentums in Ahrensböök – Das Gut Dunkelsdorf bei Ahrensböök</b> .....	27
<i>Prof. Dr. Jörg Wollenberg</i>	
Tagungen und Konferenzen	
<b>50. Linzer Konferenz der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) 25. – 28. September 2014</b> .....	30
<i>Prof. Dr. Jörg Wollenberg</i>	

<b>45. Tagung der IALHI</b>	
<b>1. – 4. Oktober 2014</b> .....	32

*Dr. Urs Kälin*

<b>Zivilisationsbruch oder Beschleunigung?</b>	
<b>Konferenz debattierte über Ersten Weltkrieg</b>	
<b>Wuppertal, 19. – 21. September 2014</b> .....	36

*Bernd Hüttner*

<b>Vorankündigung:</b>	
<b>Konferenz: 1945 – Zur geistigen Situation nach der Befreiung,</b>	
<b>30. April 2015, Berlin</b> .....	38

## Neues aus der Forschung

Promotionsprojekt:	
<b>Der Rote Stoßtrupp. Darstellung und Analyse einer sozialistischen</b>	
<b>Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus</b> .....	39

*Dennis Egginger-Gonzalez*

Promotionsprojekt:	
<b>Die Neue Linke und die Theorie – Anziehungskraft und Niedergang</b>	
<b>politischer Ideen im Spiegel der Zeitschriften „PROKLA“ und</b>	
<b>„Das Argument“</b> .....	42

*David Bebnowski*

## Aus dem Vereinsleben

<b>Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2014</b> .....	46
--	----

<b>Informationen</b> .....	50
----------------------------	----

## Vorträge

<b>Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschafts-</b>	
<b>imperium des Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität,</b>	
<b>18. September 2014</b> .....	52

*Dr. Matthias Judt*

<b>Mythos „Einheit“ – Anmerkungen zur Erinnerungspolitik des FDGB, 11. Dezember 2014</b> .....	56
.	
<i>PD Dr. Detlev Brunner</i>	
<b>Vorschau auf die Veranstaltungen der „Gemeinsamen Vortrags- Reihe</b> .....	57
.	
<b>Buchbesprechungen &amp; Literaturhinweise</b> .....	58
.	

## **Archive und Bibliotheken**

### **Archive in Not<sup>1</sup>**

Die Archive in der Bundesrepublik Deutschland befinden sich in einer schwierigen Lage. Das gilt namentlich für die Ausstattung mit Personal. Während in den Archivbau umfangreiche Mittel investiert worden sind, ist die Personalentwicklung bei zunehmenden Aufgaben rückläufig. Nach einer Studie der Archivreferentenkonferenz (Vertreter des Bundesarchivs und der Länderarchivverwaltungen) verringerte sich die Zahl der Stellen in den Archiven der Bundesländer allein zwischen 2002 und 2009 um etwa 12 Prozent, während die Bestände gleichzeitig um rund 11 Prozent zunahmen.<sup>2</sup> Es gibt Gründe für die Annahme, dass sich die Personallage im Bundesarchiv und bei den Kreis- und Stadtarchiven sowie Spezialarchiven nicht wesentlich von der in den Ländern unterscheidet. Die Lage ist besorgniserregend.

Besonders seit dem Finanzdebakel von 2009 nehmen Regierungen die Verwaltung und ihre Apparate als ergiebiges Sparpotential wahr. Da geraten zwangsläufig auch die Archive, die ihrer Stellung und Funktion nach verwaltungsnah sind, ins Blickfeld. Der Ausweg wird nicht darin bestehen können, die Archive aus der Verwaltungsbindung zu lösen und als wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen zu definieren. Ihr Kontext mit den Verwaltungen ist un-

---

<sup>1</sup> Der Autor des Beitrages, Prof. em. Dr. Reinhard Kluge, war von 1965 bis 1990 Stellvertreter der Staatlichen Archivverwaltung der DDR und von 1972 bis 1990 Dozent am Institut für Archivwesen der Humboldt-Universität zu Berlin.

<sup>2</sup> Entwicklung der Personalstrukturen im Archivwesen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Strategiepapier der Archivreferentenkonferenz 2011. In: *Archivar*, Zeitschrift für Archivwesen 64. Jg., H. 4 / 2011, S. 412.

trennbar, denn diese sind als Registraturbildner der Quell, aus denen die historischen Bestände für die jüngere Vergangenheit ständig ergänzt werden müssen. Das setzt einen kontinuierlichen engen Kontakt zwischen Archiv und Verwaltung voraus, dessen Intensität in Zeiten des Vormarschs der elektronischen Dokumentierung von Verwaltungsvorgängen eher erweitert als eingeschränkt werden muss. Da erweist es sich als verhängnisvoll, dass Sparpotentiale von der Politik und den Finanzverantwortlichen heute vorwiegend nach betriebswirtschaftlichen Kriterien beurteilt werden. Entsprechende Analysen werden nicht systemintern vorgenommen, sondern externen Wirtschaftsberatern übertragen, die mit der Spezifik der Archive kaum vertraut sind. So wird zum Beispiel auch übersehen, dass Verwaltungsrationalisierung (der Abbau von Dienststellen sowie die Zusammenlegung von Kreisen oder Gemeinden) für die Archive mit zusätzlichen Aufgaben verbunden ist: Während die Verwaltung schrumpft, wachsen die Aufgaben für die Archive überproportional, denn nun gilt es, die freigesetzten Dokumentenbestände von gesellschaftlicher Relevanz aus den betroffenen Dienststellen zu archivieren. Grundsätzlich sind die Archive im Gegensatz zur Verwaltung selbst in Regionen mit schrumpfender Bevölkerung von ihren gesellschaftlichen Aufgaben her auf ständiges Wachstum angelegt.

In der schon erwähnten Studie der Archivreferentenkonferenz heißt es mit Recht: Die Archive sind das Gedächtnis der Verwaltung, entlasten durch regelmäßige Archivgutübernahmen die laufende Verwaltung, sichern Rechte der Bürgerinnen und Bürger, vermitteln in ihrer Öffentlichkeitsarbeit historische Inhalte aus mehr als tausend Jahren deutscher Geschichte<sup>3</sup> und sind Partner der Forschung.<sup>4</sup> Zusätzliche Anforderungen mit Auswirkung auf das Personal sieht die Studie ganz richtig in der Archivierung digitaler Unterlagen, in der Anfertigung von Digitalisaten ausgewählten Archivgutes und seiner Bereitstellung im Netz – dafür wird ein Aktionsprogramm gefordert –, und in der Rettung der vom Zerfall bedrohten Papiere des 19. und 20. Jahrhunderts, für die in den Archiven Kapazitäten zur Entsäuerung noch immer fehlen.

Die den Archiven angetragenen Sparmöglichkeiten – innere Rationalisierung, Optimierung der Qualifikation und Laufbahngruppen sowie ihrer Verteilung entsprechend dem Gewicht der Aufgaben, Outsourcing von Aufgaben, Einwerbung von Zweit- und Drittmitteln zur Einsparung von dauerhaften Stellen – können sicher noch besser genutzt werden. Sie führen aber angesichts der

---

<sup>3</sup> Als Beispiele seien genannt: Heinz Boberach / Eckhart G. Franz: In der Gemeinschaft der Völker. Dokumente aus deutschen Archiven über die Beziehungen zwischen Deutschen und anderen Nationen in elf Jahrhunderten. Zum X. Internationalen Archivkongress, Bundesarchiv Koblenz, Koblenz 1984; Friedrich Beck / Reiner Groß / Manfred Unger: Aus tausend Jahren deutscher Geschichte. Dokumente aus Archiven der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1989.

<sup>4</sup> Verwiesen sei auf die Schriftenreihen der Archive, die neben Bestandsinformationen (Inventare und Bestandsübersichten) vor allem Quellenpublikationen umfassen. Der Rezensionsteil dieser Zeitschrift legt davon ein beredtes Zeugnis ab.

Spezifik der Archivarbeit nicht zu Einspareffekten von solchen Größenordnungen, die ein quantitatives Wachstum der sachlichen und personellen Kapazitäten überflüssig machen könnten.

Das sei an einigen Beispielen erläutert. Ein zentrales Mittel der Rationalisierung zur Erleichterung des Benutzerzugangs ist die Digitalisierung von alten historischen Findhilfsmitteln, die sogenannte Retrokonversion, und die Verfügbarkeit ihrer Ergebnisse im Netz. Sie erspart schon heute den Benutzern Voranfragen und den Archiven Auskunftsaufwand. Ähnliche Effekte bietet die Bereitstellung von Digitalisaten von besonders aussagekräftigen Dokumenten im Netz; angesichts des Bestandsumfangs allerdings eine Mammutaufgabe der Zukunft. Beide Aufgaben erfordern einen hohen zusätzlichen Aufwand, der durch die erreichten Effekte erst mittel- und längerfristig abgegolten wird. Als Rationalisierungsfeld wird notgedrungen auch die Erschließungskonzeption diskutiert. An Stelle einer dem Wert der Bestände entsprechenden differenzierten Erschließungstiefe wird auf eine durchgehend „flache“ Erschließung ausgewichen, was unter dem Aspekt einer erfolgreichen Quellensuche eher kritisch zu sehen ist. Das Outsourcing von Aufgaben ist im Magazin- und archivtechnischen Bereich durchaus möglich und wird umfangreich genutzt, setzt allerdings einen zusätzlichen Vorbereitungs- und Betreuungsaufwand bei den Fachkräften voraus, von der Bereitstellung der Haushaltsmittel ganz abgesehen. Zweit- und Drittmittel werden insbesondere auch zur Bearbeitung von Verzeichnungsrückständen genutzt und sind für die Verzeichnung kleinerer Bestände, etwa von Nachlässen, Betriebs- und anderen kleineren Beständen, sinnvoll. Zu bedenken ist jedoch, dass jede befristete Zusatzkraft Anleitung erfordert, von dem erheblichen Aufwand zur Erlangung von Zweit- und Drittmitteln, etwa aufwändigen Anträgen an die Verwaltung oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ganz abgesehen. Die Chance, Drittmitteln von Privaten oder der Wirtschaft einzuwerben, tendiert angesichts des Profils von Archiven gegen Null.

Angesichts der problematischen Tendenz, Dauerstellen durch befristete zu ersetzen, muss unterstrichen werden, dass Archive im besonderen Maße auf Stammkräfte angewiesen sind. Der Archivar erwirbt sich erst in längerfristiger Tätigkeit die notwendigen Kenntnisse über die Geschichte seines Archivsprengels, die historischen und aktuellen Registraturbildner und ihre Bestände, deren Aussagemöglichkeiten und quellenkundlichen Anforderungen. Jeder historische Archivbestand setzt spezifische hilfswissenschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten<sup>5</sup> voraus, die auf der Grundlage der Ausbildung in der Auswertungspraxis konkretisiert und qualifiziert werden. Kontinuität der Arbeit und langfristige Tätigkeit ist ein entscheidender Vorteil für Effektivität und wissenschaftliche Qualität der Archivarbeit. Das zahlt sich im Bereich der Zusammenarbeit mit den Registraturbildnern und insbesondere bei der Beratung von Benutzern und

---

<sup>5</sup> Friedrich Beck / Eckart Henning (Hrsg.): Die archivalischen Quellen. Mit einer Einführung in die Historischen Hilfswissenschaften, Böhlau Verlag, Köln – Weimar – Wien 2004.

auskunftersuchenden Institutionen aus. Die Anforderung an die Archivare dafür wächst noch an, denn die Universitätsausbildung für Historiker weist im Bologna-Prozess zunehmend Leerstellen auf den Gebieten der Forschungsmethodik, der historischen Hilfswissenschaften, der Verwaltungsgeschichte und Aktenkunde auf.<sup>6</sup> So werden die Archivquellen von jüngeren Archivbenutzern vielfach als Information an sich, nicht als Quellen sui generis angesehen, die nur in ihrem funktionellen und historischen Kontext in einem bestimmten Verwaltungszusammenhang ermittelt, quellenkritisch untersucht und interpretiert werden können. Offensichtlich ist dieser angeführte Zusammenhang bei den Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die je nach sozialer und politischer Position des Registraturbildners – Staat, Unternehmen, Arbeiterorganisation, soziale und politische Position des Autors – differierende Sichten auf die historischen Erscheinungen vermitteln.

Es ist für den Außenstehenden nicht erkennbar, ob und welche Wirkungen von dem genannten Strategiepapier der Archivreferentenkonferenz ausgegangen sind. Mund-zu-Mund-Nachrichten aus den Archiven der neuen Bundesländer sprechen dafür, dass die verderbliche Haushaltspraxis der „kw (kann wegfallen)-Stellen“ weitergeführt und Stellen nach dem Ausscheiden von Mitarbeitern eingezogen, im besten Fall erst nach einer Sperrfrist von mehreren Monaten wieder besetzt werden. Die Archivverwaltungen der Bundesländer, jede auf sich allein gestellt, sind offensichtlich bisher mit ihrem Bemühen gescheitert, ihre dienstlichen Vorgesetzten von der Dringlichkeit personeller Schlussfolgerungen aus ihrem Strategiepapier zu überzeugen. Eine Lobby haben sie nicht. In rein haushaltstechnischen Verhandlungen ohne öffentlichen Rückenwind ist die notwendige Veränderung der misslichen Verhältnisse nicht zu erreichen. Die personelle Notlage der Archive gehört genauso in die Öffentlichkeit wie der bedrohliche Verfall der Papierdokumente des 19. und 20. Jahrhunderts.<sup>7</sup> Sie gehört nicht zuletzt in die Fraktionszimmer der Parlamente. Nur die Archivare selbst können sie dorthin tragen. Und die Archive müssen sich der Unterstützung der offiziellen Beratungsgremien für Wissenschaftsfragen in diesem Lande versichern, insbesondere des Wissenschaftsrates, der Bund und Länder in Fragen der staatlichen Förderung von Forschungseinrichtungen zu beraten hat. Wenn die Bundesrepublik Deutschland ihren Status als Kultur- und Wissenschaftsland erhalten möchte, muss angemessen in die dokumentarische Infrastruktur investiert werden. Um dafür den gesellschaftlichen Boden zu be-

---

<sup>6</sup> Die Archive und die historische Forschung. Eine Problemdiskussion zwischen Archivaren und Historikern. In: *Archivar*, 64. Jg., H. 4 / 2011, S. 374.

<sup>7</sup> Jüngst haben der Landesbibliotheksverband und der Verband der Archivarinnen und Archivare Mecklenburg-Vorpommerns in einer Denkschrift auf dieses Problem aufmerksam gemacht und den aktuellen Finanzbedarf auf 57 Millionen Euro beziffert.

reiten, müssen Archive gemeinsam mit Bibliotheken und Museen in der Öffentlichkeit stärker als bisher wirksam werden. Die Unterstützung der Historiker dabei dürfte ihnen gewiss sein.

*Reinhard Kluge*

### **Hinweis unseres Mitglieds Diplom-Archivar Kurt Metschies:**

Der 2014 veröffentlichte Jahresbericht des Sächsischen Staatsarchivs 2013<sup>1</sup> führt zu Personalkürzungen und deren Folgen aus:

*„Seit 2001 sind von 142 Stellen bereits 14,8 % weggefallen. Die derzeit 121 Stellen sollen im Rahmen der Stellenabbauverpflichtungen um weitere 28 Stellen reduziert werden. Im Vergleich zu 2001 bedeutet dies eine Verminderung des Personals um 34 %. Lediglich im Bereich der elektronischen Archivierung ist es gelungen, vier zusätzliche Stellen zu gewinnen, die 2013 mit den für diese neue und bedeutsame Aufgabe erforderlichen Fachkräften besetzt werden konnten.*

*Das Staatsarchiv konnte diesen Rückgang durch die 2005 und 2007 erfolgte Neustrukturierung, die ständige Optimierung der Arbeitsabläufe und den massiven Einsatz von Hilfskräften in vielen Bereichen abfedern. Die im Berichtsjahr im Ressort des Innenministeriums intern durchgeführte aufgabenkritische Untersuchung zeigte jedoch, dass die Personalabgänge durch organisatorische Maßnahmen nicht mehr kompensiert werden können. Und auch ein Outsourcen von zentralen Aufgaben, so machte die Untersuchung klar, ist wirtschaftlich nicht sinnvoll. Die im Ergebnis der Untersuchung im September 2013 realisierte Verkürzung der Öffnungszeiten um einen Tag führte bisher nicht zu messbaren Personaleinsparungen.*

*Im Kontrast zur Personalentwicklung steht das steigende Interesse an den Dienstleistungen des Staatsarchivs. Im Berichtsjahr deutlich angewachsen ist z.B. die Zahl der Archivbenutzungen von 13.334 im Jahr 2012 auf 15.624 im Jahr 2013. Das Staatsarchiv ist nun nach den Staatlichen Archiven Bayerns das meist frequentierte Landesarchiv in Deutschland. Gestiegen ist auch der Beratungsaufwand des Staatsarchivs, der diesem nach dem Sächsischen Archivgesetz (SächsArchivG) zukommt. Dies gilt insbesondere für die Beratung der Behörden und Gerichte nach § 4 Abs. 5 SächsArchivG bei der Schriftgutverwaltung und der Einführung der elektronischen Akte, aber auch für die Beratung der kommunalen Archive nach § 4 Abs. 6 SächsArchivG, vornehmlich bei der Archivierung elektronischer Unterlagen (z.B. der elektronischen Melde- und Personenstandsregister). Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde auch im Rahmen der Anhörung zur Novellierung des Sächsischen Archivgesetzes von*

---

<sup>1</sup> Andrea Wettmann: Jahresbericht Sächsisches Staatsarchiv 2013. In: Sächsisches Archivblatt. Hrsg. Sächsisches Staatsarchiv Dresden, H. 2 / 2014, S. 2.

*den Sachverständigen der kommunalen Spitzenverbände eine angemessene Personalausstattung des Staatsarchivs gefordert.“*

## **Die alternative Peter-Weiss-Bibliothek in Berlin-Hellersdorf**

Es ist überfällig, die Peter-Weiss-Bibliothek auch in unseren „Mitteilungen“ vorzustellen. Die Initiative zu ihrer Entstehung ging vor fast einem Vierteljahrhundert von achtzehn vor allem jungen Leuten aus, die 1989/1990 in verschiedenen linken Gruppen und Parteien aktiv waren. Kurz vor dem Ende der DDR, am 18. September 1990, verständigten sie sich, einen parteipolitisch und weltanschaulich unabhängigen und gemeinnützigen Verein zur Förderung der alternativen Bibliothek Berlin-Hellersdorf zu gründen. Was sie einte, war ihr Interesse an kritischer Literatur in einer Zeit, in der es viele DDR-Bibliotheken und DDR-Institute für opportun hielten, einen beträchtlichen Teil ihrer Buchbestände auszusondern. Im Gegensatz dazu ging es den damaligen Vereinsgründern um die Rettung dieses wichtigen Kulturgutes. Nicht zufällig hatten sie den Namen alternative Bibliothek gewählt. Sie wollten eine sozialwissenschaftliche Spezialbibliothek, in der nicht nur wichtige Neuerscheinungen, sondern möglichst viele sozialkritische Bücher aus der DDR-Verlagsproduktion bewahrt werden – auch jene Publikationen, die in der DDR aus politischen und ökonomischen Gründen schwer oder gar nicht zu beschaffen waren. Gedacht war an eine Ergänzungs- und an keine Konkurrenzbibliothek, in der Literatur gelesen und ausgeliehen werden konnte, die in anderen Bibliotheken eher unterrepräsentiert war. Die Buchauswahl wurde davon bestimmt, alternative Denk- und Lebensweisen zu fördern sowie den Erfordernissen einer ökologischen Wende der Gesellschaft und dem Prinzip des freien Zugangs zu Druckschriften der demokratischen Parteien, der Bürgerbewegungen und -initiativen Rechnung zu tragen. Das unermüdliche Wirken des Fördervereins beim Aufbau der alternativen Bibliothek Hellersdorf fand mit der Verleihung des Namens „Peter-Weiss-Bibliothek“ am 10. Mai 2002 seine verdiente Anerkennung. Der Vereinsvorstand hatte sich zuvor intensiv mit der Vita und dem Werk dieses antifaschistischen Autors und Künstlers beschäftigt und eine Reihe von Veranstaltungen zu dessen Hauptwerk „Ästhetik des Widerstands“ organisiert. „Seine Ästhetik des Widerstands hat uns geholfen, die Jahre 1989/90 besser zu verstehen“<sup>1</sup>, fasste einmal Heinz Peter (1930-2013), einer der Mitbegründer und Hauptakteure des Vereins, die Beweggründe für diese Namenswahl zusammen.

Im Laufe der Jahre hat der Verein durch seine engagierte ehrenamtliche Arbeit eine beachtliche geisteswissenschaftliche Spezialbibliothek aufgebaut. Sammelschwerpunkte sind u. a.: die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Sozial- und Kulturgeschichte der DDR und des gesamten 20. Jahrhunderts, die

---

<sup>1</sup> neues deutschland, 14. September 2011.

„Wendezeit“ 1989/90, die Lage in den neuen Bundesländern, der antifaschistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der Antikriegskampf, Politik und Zeitgeschichte, Gesellschaftsanalysen, soziale Bewegungen, Ökologie, Biografien, Erinnerungen und Belletristik. Besonders erwähnenswert ist, dass in der Bibliothek die Gesamtausgabe der Werke von Peter Weiss, sämtliche Protokolle des in der Endphase der DDR agierenden Zentralen Runden Tisches und fast die komplette Literatur der 68er-Bewegung vorhanden sind.

Gegenwärtig verfügt die Bibliothek über einen Bestand von mehr als 20.000 Büchern, Zeitschriften und anderen Medien. Momentan sind 15.000 Bücher und Medien verzeichnet und sachlich erschlossen. Der Katalog ist auch online verfügbar. Den Grundstock der Bibliothek bilden neben jener Literatur, die 1989/1990 vor der Entsorgung bewahrt wurde, Bücherspenden von Vereinsmitgliedern und Lesern. Einige tausend wertvolle Bücher sind Nachlässen und Geschenken von Bibliothekaren, Künstlern, Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern zu verdanken. Verlage wie der Aufbau Verlag und der trafo Verlag steuerten Bücher aus ihrer Verlagsproduktion bei. Mit öffentlichen Mitteln, durch staatliche, kulturelle und soziale Einrichtungen gefördert wurden der Kauf aktueller Literatur sowie der Aufbau eines Online-Katalogs der Bibliothek.

Ergänzend zu seiner verdienstvollen bibliothekarischen Tätigkeit führt der Bibliotheksverein – er trägt seit 2013 den Namen „Verein zur Förderung der Peter-Weiss-Bibliothek“ – seit Jahren eine Vielzahl bemerkenswerter literarischer Veranstaltungen durch und unterstützt damit die kulturelle und soziale Arbeit im Stadtbezirk – so auch durch Ausstellungen und Buchbasare. Über diese Aktivitäten, die Geschichte der Bibliothek und des Fördervereins berichten dessen Vorsitzende Gisela Peter und dessen Schriftführerin Dr. Gertraude Sumpf in einem gemeinsamen Beitrag, der in der Rubrik „Mitteilungen über Bibliotheken und Archive“ unserer Website ([www.fabgab.de](http://www.fabgab.de)) nachzulesen ist. Ohne Übertreibung ist zu konstatieren: Der Förderverein hat sein bei der Gründung formuliertes Ziel – eine alternative Bibliothek als Kommunikationszentrum und Gesprächsort für Menschen verschiedener Generationen aufzubauen – voll erreicht. Sie ist zu einer Oase des kritischen Geistes geworden.

*Rainer Holze*

## **Das Archiv der Wilhelm-Leuschner-Stiftung Bayreuth**

Die im März 2002 gegründete Wilhelm-Leuschner-Stiftung in Bayreuth war von Juli 2002 bis Juni 2012 zehn Jahre lang im Leuschner-Geburtshaus im Bayreuther Stadtteil Moritzhöfen tätig. Im ersten Jahr ihres Bestehens baute sie die im Geburtshaus untergebrachte städtische Wilhelm-Leuschner-Gedenkstätte auf. Eine im Erdgeschoß eingerichtete Gedenkausstellung wurde zum großen Teil mit Archivmaterialien aus dem Leuschner-Nachlass ausgestattet. Diese

ersten Nachlassmaterialien aus dem persönlichen Besitz des Sohnes von Wilhelm Leuschner wurden vom Enkel dem wissenschaftlichen Leiter der Stiftung schon bei dessen biografischen Forschungen über Wilhelm Leuschner im Jahr 2000 übergeben.

Nach Eröffnung der Gedenkstätte am 28. September 2003 übernahm die Stiftung die pädagogische Gedenkstättenarbeit und erschloss verschiedene Zielgruppen im In- und Ausland. Diese Gedenkstättenarbeit hat in den vergangenen elf Jahren über 10.000 Besucher direkt in die Gedenkstätte gebracht. Neben Schulgruppen und Verbandsgruppen waren vor allem gewerkschaftliche Gruppen aller Altersstufen in der Gedenkstätte. Neben der Vermittlung des Vermächtnisses des am 15. Juni 1890 in Bayreuth geborenen Gewerkschafters und Widerstandskämpfers Wilhelm Leuschner ist die wissenschaftliche Erforschung seines Nachlasses ein zweiter wichtiger Arbeitsschwerpunkt der Stiftung.

Die Archivarbeit begann mit der Überlassung von Fotografien und Gegenständen aus dem persönlichen Besitz Wilhelm Leuschners bereits im Jahr 2000. Die wesentliche Grundlage des Stiftungsarchivs bildete die Übergabe des Leuschner-Nachlasses aus dem Besitz seiner Tochter Katharina Leuschner-Bachmaier. Nach deren Tod im Jahre 2004 wurde im August 2004 deren Nachlasssammlung von ihrer Tochter Hannelore Reinwein der Leuschner-Stiftung übereignet. Damit erhielt die Stiftung, ähnlich wie 1972 das Hessische Staatsarchiv Darmstadt, einen bedeutenden Teil des persönlichen Nachlasses von Wilhelm Leuschner.

Neben dem genannten Nachlass Leuschners erhielt die Stiftung im vergangenen Jahrzehnt einige persönliche Objekte (Volksschullesebücher) durch Nachkommen aus dem Umkreis der Leuschner-Familie in Bayreuth. Durch intensive Forschungsarbeit in Archiven in Berlin, Darmstadt und Nürnberg wurde der Nachlass um wichtige Dokumente aus der Zeit des Widerstands ergänzt.

Der gesamte Bestand des persönlichen Nachlasses von Wilhelm Leuschner umfasst sowohl in Darmstadt wie in Bayreuth ca. 10.000 Bilder und Dokumente sowie dreidimensionale Gegenstände. Es befinden sich darunter Holzbildhauerarbeiten und Skizzenbücher aus der Zeit von 1907 bis 1914. Ein besonderer Glücksfall für das Archiv war der Umstand, dass im September 2004 vom ver.di-Bundesvorstand und seinem Archivar Dr. Simon der gesamte Bibliotheksbestand des aufgelösten Bildungszentrums in Springen an die Stiftung übergeben wurde. Die mit historischen Beständen begonnene Bibliothek der Stiftung erfuhr dadurch eine geradezu wundersame Schwerpunktsetzung auf die Gewerkschaftsgeschichte, erhielt sie doch viele heute vergriffene Abhandlungen zum Widerstand der Arbeiterbewegung, der Geschichte des NS-Staates und der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Viele Abhandlungen über die Widerstandstätigkeit Leuschners, die in den Jahrzehnten seit 1945 erschienen sind, sind damit im Besitz der Stiftung. Die Sammlung umfasst inzwischen rund 2.000

Bücher und digitale Medien. Der persönliche Nachlass Leuschners wird somit durch Publikationen zu seinem Widerstand ergänzt und soll in den nächsten Jahren durch eine fortgesetzte Sammeltätigkeit der Stiftung erweitert werden. Die Bibliothek und das Archiv stehen Wissenschaftlern und Studenten, die über den deutschen Widerstand forschen, zur Verfügung, und werden von Praktikanten der Stiftung ausführlich genutzt. Mittels des Nachlassarchivs konnten in den vergangenen Jahren immer wieder Anfragen von wissenschaftlichen Einrichtungen und Gewerkschaften durch entsprechende Kopien von Bildern und Dokumenten beantwortet werden.

Nach zehn Jahren Arbeit im Leuschner-Geburtshaus verließ die Stiftung aufgrund räumlicher Enge und überhöhter Mietforderungen das Gebäude. In unmittelbarer Nähe wurde ein eigenes Haus gefunden, das von 2012 bis 2014 umfangreich saniert wurde und den Namen Wilhelm-Leuschner-Zentrum erhielt. Damit konnte endlich die Voraussetzung geschaffen werden, um das Archiv neu zu systematisieren, eine digitale Datei mit wissenschaftlicher Zuordnung zu erstellen und in eigenen Ausstellungsräumen wichtige Teile der Sammlung für die Öffentlichkeit aufzubereiten. Das Zentrum enthält ein Archiv, dessen zentraler Bestandteil das Depot des Leuschner-Nachlasses ist, und das daneben regionale Bestände aus der oberfränkischen Arbeiterbewegung beherbergt. Die Sammeltätigkeit ging stetig weiter. Es wurden sowohl der Bibliotheksbestand erweitert wie auch der Bestand an Dokumenten im Archiv. Ziel der Archivarbeit für die Zukunft ist es, weitere Forschungen zum Widerstand der Arbeiterbewegung zu betreiben und weitere Dokumente über die Tätigkeit des Arbeiterwiderstandes zu sammeln.

Durch die Forschungsarbeit zur Biografie Leuschners wurden inzwischen Faksimiles von Dokumenten aus verschiedenen Archiven Deutschlands in den dritten Teil unseres Archivs eingebracht, die den Widerstand Leuschners und seines Netzwerkes historisch belegen. Auch diese Sammeltätigkeit geht weiter. So wurden beispielsweise zuletzt aus Nürnberg Dokumente zu der Widerstandsgruppe im Raum Mittel- und Oberfranken an die Stiftung übergeben.

Seit Mitte 2013 wird die Leuschner-Stiftung bei ihren Vorhaben im Wilhelm-Leuschner-Zentrum durch die Hans-Böckler-Stiftung finanziell unterstützt. Ziele dieses Projekts sind die Fertigstellung einer neuen Leuschner-Biografie sowie die digitale Nutzbarmachung des Archivbestands für die wissenschaftliche Forschung in einem Internetportal.

Durch das Projekt zur Veröffentlichung des Nachlasses soll anhand der neuen Leuschner-Biografie der Nachlass für die Forschung nutzbar gemacht und die biografische Arbeit von Leithäuser<sup>3</sup> aus dem Jahr 1962 wissenschaftlich aktualisiert werden.

---

<sup>3</sup> Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Bund-Verlag, Köln 1962.

Zugleich geht die Stiftung mit der Veröffentlichung der Archivinhalte neue Wege, in dem im Leuschner-Zentrum ein Archivbereich geschaffen wird, der sowohl das Depot des Nachlasses wie eine Ausstellung von wesentlichen Teilen der Archivinhalte vorsieht. Damit soll die Gedenkstättenpädagogik den Nachlass für die Besuchergruppen anschaulich zugänglich machen. In Wechselexpositionen sollen unter verschiedenen Schwerpunkten Nachlassstücke ausgestellt werden.

Die Gedenkstättenarbeit im Leuschner-Zentrum wird im Vergleich zu der im Geburtshaus durch die Grundsätze von Sammeln, Forschen und Ausstellen sowie pädagogischer Vermittlung qualitativ auf eine neue Grundlage gestellt. Das Zentrum soll mit seinem Archiv und den thematischen Ausstellungen auch national und international die Widerstandstätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung am Beispiel des Widerstandes Leuschners veranschaulichen und zu weiterer Forschungstätigkeit anregen.

Begonnen wurde die Ausstellungstätigkeit mit einer Ausstellung zu Leuschners Militärzeit im 1. Weltkrieg – mit Fotografien aus seinem Nachlass. Die Ausstellung dokumentiert mit Zusammenfassungen aus seinem Kriegstagebuch und von ihm selbst gefertigten Fotografien Leuschners Kriegserfahrungen und veranschaulicht die Haltung von Teilen der deutschen Sozialdemokratie und der damaligen Gewerkschaftsführung. Sie wurde am 1. September 2014 im ver.di-Bildungszentrum in Brannenburg eröffnet. Im Frühjahr 2015 wird sie im Leuschner-Zentrum Bayreuth gezeigt. Im Herbst 2015 soll eine Ausstellung über Wilhelm Leuschners Netzwerk des gewerkschaftlichen Widerstands folgen.

*Wolfgang Hasibether*

## **Franz-Neumann-Archiv Berlin e.V. stellte Tätigkeit ein**

Das seit 1974 bestehende Franz-Neumann-Archiv, benannt nach dem früheren Berliner SPD-Vorsitzenden, (siehe MFK, Nr. 1 / 1992) und sein Trägerverein haben ihre Tätigkeit eingestellt. Die Bestände werden mit einigen Ausnahmen vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AsD) übernommen. Der Nachlass Franz Neumanns gelangt ins Landesarchiv Berlin. Bei der Übergabe der Akten wurde ein Originalbrief Ferdinand Lassalles an die Redaktion der Berliner „Volkszeitung“ vom 30. September 1863 entdeckt, den die FES ins Internet einstellte.

Zum Wortlaut des Briefes siehe [www.fes.de/archiv/adsd\\_neu/inhalt/gespraechskreis/veranstaltungen.htm](http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/gespraechskreis/veranstaltungen.htm). (15.09.2014).

# Ausgewählte Archivbestände

## Die Aktenbestände des Oltener Aktionskomitees<sup>1</sup>

### Geschichtlicher Überblick

Am Ende des 19. Jahrhunderts wächst die Wirtschaft der Schweiz in rapidem Tempo. Die Industrialisierung verändert das Dorf, die Städte und die ganze Gesellschaft. Landwirtschaft und Handwerk befinden sich im Niedergang, während die Fabrikarbeit sich stürmisch entwickelt. Es ist eine Zeit, da die Schweizer in Bewegung geraten. Sie wandern vom Dorf in die Städte, aus der Schweiz in andere Länder Europas und bis nach Übersee.

Die erste Verfassung der Schweiz aus dem Jahre 1848 wird 1874 stark erneuert, wobei die Bundesbehörden größere Kompetenzen erhalten und das Referendum eingeführt wird. Der noch sehr junge Schweizerische Arbeiterbund setzt sich für ein Fabrikgesetz ein, das 1877 angenommen wird. Es setzt der Ausbeutung der Arbeiter gewisse Grenzen: Der Arbeitstag darf elf Stunden nicht mehr überschreiten, die Arbeit von Kindern unter vierzehn Jahren wird verboten, und Frauen erhalten einen unbezahlten Schwangerschaftsurlaub von sechs Wochen.

Während des Krieges floriert die Industrie, aber die Lebenshaltungskosten steigen weiter, während die Löhne stagnieren. Am meisten sind davon die Stadtbewohner betroffen – natürlich die Arbeiter, aber auch Beamte und Bankangestellte.

Die Arbeit in den Fabriken ist hart. Urlaub gibt es nicht. Der einzige freie Tag ist der Sonntag. In allen Städten finden zahlreiche Manifestationen gegen die Teuerung und die elenden Lebensbedingungen statt.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund ruft Robert Grimm, der Chefredakteur des Organs der Sozialistischen Partei der Schweiz, der „Berner Tagwacht“, am 1. Februar 1918 führende Funktionäre der Sozialisten und der Gewerkschaften zusammen, um ein Aktionskomitee zu bilden. Dessen erste Tagung findet am 4. Februar in Olten statt. Daran nehmen fünf Mitglieder der Sozialistischen Partei der Schweiz (SP) und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) teil: Robert Grimm (Vorsitzender des Aktionskomitees), Rosa Bloch, Franz Reichmann, Konrad Ilg und Karl Dürr. Im Verlaufe mehrerer Monate stoßen weitere

---

<sup>1</sup> Die Autorin des Beitrags, Frau Dominique Moser-Brossy, ist seit 1994 Leiterin der Bibliothek und des Archivs des SGB. Die Übersetzung aus dem Französischen übernahm freundlicherweise Herr Dr. Helmut Ettinger. Siehe auch Dominique Moser-Brossy: Das Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). In: MFK, Nr. 46 / 2014, S. 6ff.

<sup>2</sup> In einer SGB-Broschüre mit dem Titel „Teuerung in der Schweiz“, Bern 1910, ist eine Erhebung aus dem Jahre 1900 in der Stadt Freiburg i. Ü. abgedruckt, aus der hervorgeht, dass von 769 Einzimmerwohnungen 572 von zwei Personen, aber 146 von fünf bis neun Personen bewohnt werden.

führende Vertreter dieser Organisationen hinzu und bilden schließlich ein Komitee von etwa zwölf Mitgliedern.<sup>3</sup>

Am 27. und 28. Juli 1918 organisieren der SGB und die SP gemeinsam in Basel einen Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongress, der sich für einen landesweiten Streik ausspricht, falls der Bundesrat (die Regierung der Schweiz – d. Ü.) seine Forderungen ablehnt.

Das Oltener Komitee versucht noch, mit der Eidgenossenschaft zu verhandeln. Als es jedoch am 7. November erfährt, dass in Zürich Truppen zum Einsatz gegen die Arbeiter mobilisiert werden, ruft es für Samstag, den 9. November, einen Proteststreik von 24 Stunden aus. Am Montag, dem 11. November, kehren die Arbeiter in die Fabriken zurück, aber angesichts der Weigerung des Bundesrates, die Truppen abzuziehen, gibt das Komitee den Aufruf zum zeitlich unbegrenzten Generalstreik ab Mitternacht aus.

### **Die neun Forderungen des Oltener Aktionskomitee<sup>4</sup>**

- „1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf Grundlage des Proporz.
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
4. Einführung der 48-Stundenwoche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.
7. Alters- und Invalidenversicherung.
8. Staatsmonopol für Import und Export.
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.“

---

<sup>3</sup> Die Mitglieder des Oltener Aktionskomitees sind:

Robert Grimm - Gründer und Präsident des Oltener Aktionskomitees, Nationalrat der SPS, Chefredakteur der „Berner Tagwacht“, Bern;

Rosa Bloch - SPS, Chefredakteurin der „Vorkämpferin“, Zürich;

Franz Reichmann - Zentralsekretär des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes, SGB-Gewerkschaftsausschuss, Zürich;

Konrad Ilg - Zentralpräsident des SMUV, SGB-Gewerkschaftsausschuss, Nationalrat, Bern;

Karl Dürr - SGB-Sekretär, Bern;

August Huggler - Gewerkschaftler (ehemaliger SGB-Sekretär) und Mitglied der SPS, Nationalrat, Zürich;

Friedrich Schneider - Gewerkschaftler und Mitglied der SPS, Redakteur des „Vorwärts“, Basel;

Fritz Platten - (ersetzte Rosa Bloch), Sekretär der SPS, Nationalrat, Zürich;

Charles Schürch - SGB-Sekretär, Bern;

<sup>4</sup> Aus dem Landesstreikaufruf des Oltener Komitees.

Der Streikaufruf wird weithin befolgt – besonders stark in der deutschen Schweiz, wo die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. und die Ausrufung der Republik stimulierend wirken, weniger in der französischen Schweiz, die den Waffenstillstand feiert.

Die Regierung schlägt hart zurück: Sie lässt die Armee in Städte und Industriezentren einrücken. Die Versammlungsräume des Oltener Komitees werden von Militär besetzt. Das Aktionskomitee kapituliert:

„Sie hatten ja die Armee seit mehr als vier Jahren ununterbrochen mobilisiert, ohne dass sie Gelegenheit gehabt hätte, die Probe ihrer Leistungsfähigkeit abzulegen. Jetzt schien der Augenblick dazu gekommen. Konnte man die Truppen nicht gegen den äußeren Feind werfen, so waren die Chancen umso größer, sie gegen die unbewaffnete, wehrlose Volksmenge spielen zu lassen.“<sup>5</sup>

Zugleich unterzeichnete das Komitee einen Aufruf zur Einstellung des Streiks. Zwar wurde das Scheitern des Landesstreiks über die Jahrzehnte unterschiedlich eingeschätzt, aber die Historiker sind sich insgesamt darin einig, dass dies eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der modernen Schweiz<sup>6</sup> mit beträchtlicher Bedeutung für die Gesellschaft darstellte, sowohl was die Entwicklung der Sozialversicherungen als auch die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern betraf.

Als gesichert gilt ebenfalls, dass die Streikenden zwar ein Gefühl der Niederlage erfassten, das Fabrikgesetz aber sofort abgeändert und ab 1. Januar 1919 die 48-Stunden-Woche eingeführt wurden. Auf die allgemeine Rentenversicherung AHV<sup>7</sup> mussten die Schweizer noch weitere 30 Jahre und auf die Einführung des Wahlrechts für Frauen weitere 50 Jahre warten.

Das Oltener Aktionskomitee trat weiterhin regelmäßig zusammen, bis es im September 1919 seine Auflösung beschloss.

### **Der Aktenbestand des Oltener Aktionskomitees im Archiv des SGB**

- Korrespondenzen, Drucksachen, Aufrufe und Briefe zum und über den Generalstreik 1918. (G 15933)
- Protokoll des Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses, Samstag den 27. und Sonntag den 28. Juli 1918 in der Burgvogtei in Basel und Protokoll des 2. Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses, Sonntag, den 22. und Montag den 23. Dezember 1918 im Volkshaus Bern. (PE 437)
- Protokolle des Oltener Aktionskomitees der 1. bis 31. Sitzung, 4. Februar 1918 bis 29. September 1919. (G 23)

---

<sup>5</sup> Die Novemberstreiks 1918 in der Schweiz : Situationsbericht über den Proteststreik vom 9. November und den Landesstreik vom 12., 13. und 14. November : vom Oltener Aktionskomitee dem 2. Allgem. Schweiz. Arbeiterkongress zu Bern (22./23. Dezember) erstattet. Unionsdruckerei, Bern 1918, S. 15.

<sup>6</sup> Der Schweiz seit der ersten Verfassung von 1848.

<sup>7</sup> Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist die obligatorische Rentenversicherung der Schweiz.

- Prozessakten 1918-1919, Streikabrechnung 1919-1921, Löschung im Strafregister 1943-1944. (G 252/6)
- Schriften und Berichte zum Landesstreik 1918. (G 23)

### **Einige allgemeine Veröffentlichungen zum Streik von 1918**

Mauro Cerutti: Deux documents sur la grève générale de 1918 à Genève. In: Revue européenne des sciences sociales: Cahiers Vilfredo Pareto, Bd. 11, Nr. 29, 1973, S. 193-200.

Bernard Degen: Abschied vom Klassenkampf. Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise 1918-1929 (= Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 161), Helbing & Lichtenhahn, Basel 1991.

Constant Frey [im Auftrag des SGB]: La grève générale de 1918: Légendes et réalités. Ed. Générales, Genève 1968.

Willi Gautschi: Das Oltener Aktionskomitee und der Landes-Generalstreik von 1918. J. Weiss, Zürich 1955.

Der Landesstreik-Prozess gegen die Mitglieder des Oltener Aktionskomitees vor dem Militärgericht 3 vom 12. März bis 9. April 1919. Unionsdruckerei, Bern 1919.

Fritz Marbach: Der Generalstreik 1918: Fakten, Impressionen, Illusionen. Haupt, Bern 1969.

Paul Rechsteiner / Sébastien Guex: Der schweizerische Generalstreik 1918 und seine aktuelle Bedeutung: zwei Beiträge (= SGB-Dokumentation, Nr. 63) , Bern 1999. (Auch auf Französisch: La Grève générale de 1918: signification actuelle: deux contributions. Documentation USS n° 63).

Paul Schmid-Ammann (im Auftrag des SGB): Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918: seine Ursachen, sein Verlauf, seine Folgen, Morgarten-Verlag, Zürich 1968.

Streiken wirkt: Arbeitskämpfe in der Schweiz: 90 Jahre Generalstreik. SGB, Bern 2008.

Marc Vuilleumier [et al.]: La grève générale de 1918 en Suisse, Ed. Grounauer, Genève 1977.

*Dominique Moser-Brossy*

Das nachfolgende Dokument aus dem Bestand der Bibliothek des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes gibt den Text der ersten und zugleich letzten vom Komitee veröffentlichte Nummer der „Roten Fahne“ vom 13. November 1918 wieder – erschienen nach der Schließung der «Berner Tagwacht», des Organs der Sozialistischen Partei der Schweiz, durch die Armee.

### **Abschrift des Dokuments:**

## **DIE ROTE FAHNE**

### **Bulletin Nr.1**

#### **Des Oltener Aktionskomitees**

*Genossen, Arbeiter!*

Die Reaktion wütet auf der ganzen Linie. Die „Tagwacht“, euer Kampforgan, ist vom Bundesrat mit Hilfe seiner Schergen unterdrückt worden. Die Druckerei wurde in den Morgenstunden des Mittwoch militärisch besetzt.

Nicht genug damit. Den streikenden Arbeitern der eidgenössischen Betriebe schickt man das Militär auf den Hals, unsere glorreiche Armee muss Bütteldienste leisten; muss dazu dienen, eine ganze Bevölkerungsklasse, hunderttausende von Arbeitern unter dem Daumen zu halten.

Mit diesen Maßnahmen glaubt eine kopflos gewordene Regierung die Arbeiterschaft einzuschüchtern, glaubt eine Behörde, die kein Verständnis und keinen Sinn für das Werden einer neuen Zeit hat, die Organisation des klassenbewussten Proletariats zerschmettern zu können.

Es wird ihr nicht gelingen! Die Absichten dieser mit Handgranaten und Maschinengewehren regierenden Landesbehörde wird zu Schanden werden an der mutigen, entschlossenen Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft.

Freunde und Brüder! Laßt euch nicht irre machen. Ob man unsere Blätter konfisziert, ob man unsere Institutionen zerstört, ob man unsere Vertrauenslaute verhaftet und einsperrt – laßt euch nicht irre machen. Geht immer vorwärts im Kampfe. Mag der Einzelne fallen, was liegt daran, wenn es auf das große Ganze ankommt. Die Meinung der Machthaber, mit der sogenannten „starken Hand“ uns schrecken, die Seele des Streiks treffen zu können mit der Unterdrückung unserer Blätter, ist töricht.

*Ihr selbst seid die Seele und die Kraft dieses Streikes.* Andere werden an unsere Stelle treten. Nicht auf das Komitee kommt es an, sondern auf *Euch*, auf die *Arbeiterschaft!*

*Das Aktionskomitee.*

## *Die Streiklage.*

Geradezu glänzend sind die Berichte aus der ganzen Schweiz. Immer größeren Umfang gewinnt der Streik, immer neue Massen treten zu uns über und legen die Arbeit nieder. Eben kommt die Meldung, dass der Verkehr im ganzen Tessin lahmgelegt ist. In Bellinzona und Biasca demonstrieren die Eisenbahner in Umzügen mit roten Fahnen auf den Straßen. Aus der Westschweiz lauten die Berichte ebenso erfreulich. Telegramme aus Lausanne und Neuenburg an das Aktionskomitee verlangen energische Fortsetzung des Streiks. Von allen Seiten laufen Sympathiekundgebungen ein. Die Pöstler haben beschlossen, sofort in Streik zu treten, wenn die Bundesversammlung unsere Forderungen nicht bewillige.

Immer vorwärts, Freunde!

### *V.S.E.A. macht mit*

Die Vertrauenslaute des V.S.E.A. (Verband schweizerischer Eisenbahn-Angestellter) haben sich gestern einmütig mit den Streikenden *solidarisch* erklärt und den *Anschluss an den Streik beschlossen*.

Es lebe der Kampf!

### *Lasst euch nicht provozieren!*

Arbeiter! Bis jetzt habt ihr den Streik mustergültig durchgeführt. Die Soldaten fragen schon, warum sie eigentlich hier sind. Mit derselben Ruhe und Disziplin müßt ihr weiter ausharren. Die Schergen warten nur darauf, den Säbel zu ziehen. Auf alle mögliche Weise suchen sie zu provozieren und aufzureizen. Sie sehnen sich förmlich nach einem Vorwand, der ihre Willkürherrschaft rechtfertigen soll.

Wir werden ihnen diesen Vorwand nicht geben. Mit derselben vorbildlichen Ruhe, aber auch mit derselben eisernen Entschlossenheit werden wir ausharren. Gerade das wird unser Stolz sein, den blinden Machthabern zu beweisen, wie grundlos und einfältig die ganze riesige Machtentfaltung ist.

### *Bundesversammlung.*

In der gestrigen Abendsitzung des Nationalrates sprachen die Genossen Grimm, Greulich, GrosPierre und Naine namens der Arbeiterschaft. Ein Ordnungsantrag der Fraktion, es sei eine Kommission einzusetzen zur Vorbereitung der sofortigen Neuwahl des Nationalrates und zur Umbildung des Bundesrates wurde glatt abgelehnt. – Die bürgerlichen Redner verlangten ungeniert Verhaftung und Bestrafung der „Rädelsführer“. Papa Greulich rief unter dem donnernden Jubel der Tribünen in seiner Rede: „Dann müßt ihn mich auch ins Loch stecken, ich bin seit 50 Jahren ein ‚Rädelsführer‘!“ Der Präsident drohte, die Tribünen zu räumen, wenn der Beifall nicht aufhöre.

Heute morgen werden die Debatten fortgesetzt.

*An das mobilisierte eidgenössische Personal.*

Der Landstreik entwickelt sich in glänzender Weise. So hat die Verbandsleitung des V.S.E.A. (Beamtenverband) gestern beschlossen, ebenfalls in den Streik einzutreten. Aus allen Landesteilen kommen gute Nachrichten.

Trotz den persönlichen militärischen Aufgeboten hat sich eure Solidarität glänzend bewährt. Es wird nun versucht, euch mit andern Mitteln einzuschüchtern. Nächstens werdet ihr die Aufforderung erhalten, unverzüglich zur Arbeit zu erscheinen, ansonst E n t l a s s u n g erfolge. Laßt euch nicht schrecken, sondern verbleibt ruhig im Ausstand. Die Arbeiterschaft hält treu zusammen und läßt euch nicht im Stich. Hoch die Solidarität!

**Telegramme.**  
(Eigene Berichte.)

B a s e l, 12. Nov. Unsere Sache marschirt. Stimmung ausgezeichnet. Auf die Basler Arbeiterschaft könnt Ihr zählen. Brüderlichen Gruß! Hoch die Solidarität!

Z ü r i c h, 12. Nov. Der Streik ist vollkommen; es herrscht Disziplin und Ruhe. Die Zürcher Arbeiter führen den Kampf entschlossen weiter. Die Pösteler-Organisationen haben den Anschluß an den Streik beschlossen.

O l t e n, 12. Nov. Der Eisenbahnbetrieb ruht vollständig. Wir halten durch!

L u z e r n, 12. Nov. Ein mit „Ober“-Streikbrechern ausgefahrener Zug blieb außerhalb der Station stecken. Luzern steht fest“

B e l l i n z o n a, 12. Nov. Es fährt kein Zug aus. Wir demonstrieren in den Straßen mit roten Fahnen. Ebenso in Biasca. Verlaßt euch auf uns.

B i e l, 12. Nov. Alles gut! Streikbrecher mit Zug von Bern zu uns übergegangen.

L a u s a n n e, 12. Nov. Betriebe liegen still. Zeitungen erscheinen nicht. Bundesrat soll zurücktreten.

G e n f, 12. Nov. Es erscheinen keine Zeitungen. Der Tramverkehr ist lahmgelegt, ebenso der Bahnbetrieb. Die Arbeiter verlangen den Rücktritt des National- und Bundesrates.

**Bremer „Todtenbund“ – „Pflanzschule des Communismus“:  
Die Aktenüberlieferung im Staatsarchiv der Freien und  
Hansestadt Bremen**

Nach den europäischen Revolutionen der Jahre 1848/49 wurde die folgende Zeit auf dem Kontinent durch die weitgehend siegreiche Reaktion geprägt. Demokratische Errungenschaften wurden wieder beseitigt. Unter anderem durch politische Prozesse sollen DemokratInnen und nicht zuletzt auch die sich herausbildende ArbeiterInnenbewegung unterdrückt werden.

Der „Kölner Kommunistenprozeß“ des Jahres 1852 ist in Geschichtsbücher eingegangen. Weitgehend unbekannt sind hingegen die vielen anderen politischen Prozesse, so auch völlig zu Unrecht der Prozess gegen den Bremer „Todtenbund“. Dieser fand in den 1850er Jahren eine ähnliche öffentliche Aufmerksamkeit wie der „Kommunistenprozeß“ in Köln.

Am 23. Mai 1852 nahm die Polizei in Bremen zahlreiche Hausdurchsuchungen bei namentlich bekannten Repräsentanten der Arbeitervereine vor – vermutlich wegen einer Denunziation. Es folgte auf der Grundlage vorgefundener Mitgliederlisten eine Verhaftungswelle, der etwa 100 Personen zum Opfer fielen. Angesichts einer Bremer Bevölkerung von 50.000 Einwohnern Mitte des 19. Jahrhunderts war dies eine enorme Anzahl. In der Mehrzahl handelt es sich um Zigarrenarbeiter, die verhaftet und akribisch verhört wurden.

Die Untersuchungsbehörden stellten aufgrund der beschlagnahmten Dokumente und durch Aussagen Verhafteter fest, dass sie auf die Spur eines revolutionären Geheimbundes mit Name „Der Todtenbund“ gestoßen waren. Die verhafteten Mitglieder wurden vor Gericht gestellt und in einem sich über ein- einhalb Jahre hinziehenden, nicht öffentlichen Prozess verurteilt. Am 11. Oktober 1853 verhängt das Obergericht der Freien und Hansestadt Bremen über den Zigarrenmacher Nicolaus Heinrich Kolby und weitere 81 Mitangeklagte wegen „Verbrechens wider den Staat und Übertretung des Vereinsverbots“ Gefängnis- und Zuchthausstrafen zwischen 8 Tagen und 7 Jahren. Das Urteil wurde publiziert und erregte – indem Einzelheiten über die Pläne und Aktivitäten des Bundes bekannt wurden – in der Öffentlichkeit großes Aufsehen.

Unmittelbare Zeugnisse des „Todtenbundes“ sind außer den Statuten und einem Fragenkatalog, der für die Neuaufnahme von Mitgliedern bedeutsam war, nur wenige überliefert. Es blieb dem Bremer Kriminalgericht vorbehalten, durch Verhöre der Verhafteten Materialien über den Geheimbund zusammenzutragen. Den Untersuchungsbehörden war besonders daran gelegen, Erkenntnisse über die Organisation, die Mitglieder und die Ziele des „Todtenbundes“ bzw. der „Treuen Brüderschaft“ zu gewinnen. So sollten Kontakte zu außerhalb des Bundes stehenden Politikern, Demokraten und auswärtigen Vereinen nachgewiesen und die Möglichkeit der Steuerung dieser Geheimorganisation durch auf höheren Leitungsebenen angesiedelten Zentren/Comites belegt werden. Die Angst des Bremer Senats, der Polizeibehörden und des hinter ihnen stehenden Bremer Groß-Bürgertums vor einer Verbindung zu dem Londoner „Communistenbund“ von Karl Marx und Friedrich Engels wurde durch die Untersuchung nicht bestätigt. Das konnte die Behörden und das Bremer Groß-Bürgertum jedoch nicht wirklich beruhigen, wie die umfangreichen überlieferten Materialien zum Prozess gegen den „Todtenbund“ beweisen.

*Andreas Diers / Rudolf Steffens*

**Inhaltsübersicht zu den Akten: Untersuchung gegen Nicolaus Heinrich Kolby und Konsorten wegen Verbrechen gegen den Staat (sog. Todtenbund und Mörderkomplott gegen den Senat) (Band 1-3) im Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Bremen, Bestand: Ratsarchiv, Nr. 2-D.17.b.4.b, ad 2-D.17.b.4.b., 1852-1873.**

**Band 1:**

**1. Der Todtenbund:**

Eine aktenmäßige Darstellung der wegen eines Complots gegen den Staat, respektive wegen eines Mordanschlags wider den Senat in den Jahren 1852-1853 geführten Criminaluntersuchung (Broschüre, 32 S.)

**2. Entscheidungsgründe des Obergerichts v. 11. Oktober 1853 in Untersuchungssachen wider Nicolaus Heinrich Kolby und Consorten, betreffend Verbrechen wider den Staat**

Als Manuskript gedruckt. Bremen 1853 (177 S.)

**3. Extract aus dem Vernehmungsprotokolle de 1852. Mai 26. S. 346 (9 S.)**

**4. Extract aus dem Vernehmungsprotokolle de 1852. Nov. 5-1853. März 26. S. 67 (180 S.)**

**5. Verzeichnis der Verhaftung und Entlassung der Inculpanten Kolby und Consorten (3 S.)**

**6. 20. Decbr. 1853 wurden von Herrn Schumann die Entscheidungsgründe zu den Erkenntnissen des Obergerichts de Oct. 1853 in Untersuchungssachen wider Nicolaus Heinrich Kolby und Consorten an Archiv wie folgt abgeliefert (2 S.)**

**7. Erkenntnis des Obergerichts in Sachen Nicolaus Heinrich Kolby und Consorten, Verbrechen wider den Staat betreffend, vom 11. October 1853 (22 S.)**

**8. Extract aus dem Vernehmungsprotokolle de 1853. October 31. S. 676. – 1854. Feb. 17 (71 S. und einige Beilagen)**

**9. Schreiben an der Bremer Senat von J.P. Wichelmann vom 8. Nov. 1853**

**10. Antwort von Johann Philipp Wichelmann vom 14. November (1 S.)**

**11. Extract aus dem Senats-Protokolle de 1853. Decbr. 30. S. 808. (2 S.)**

**12. Extract aus dem Senats-Protokolle de 1853. Nov 9. (5 S.)**

**13. Erklärung von Schönemann vom 7. December 1853 (1 S.)**

**14. Schreiben vom 14. October 1852 (2 S.)**

**15. Kaiserlich-Königliches Militär- und Civilgouverment vom 24. Nov. 1853 (3 S.)**

**16. Schreiben von Smidt vom Dec. 1853 (1 S.)**

**17. Schreiben von Smidt vom 3. Jan. 1854 (2 S.)**

**18. Schreiben an Dr. Smidt vom 5. Jan. 1854 (4 S.)**

**19. Notiz (1 S.)**

**20. Schreiben vom 6. Januar 1854 (2 S.)**

**21. Schreiben von Smidt vom 5. Januar 1854 (3 S.)**

**22. Notiz zu Emil Meyer (1 S.)**

- 23.** Notizen vom 15.–24. Februar 1854 (6 S.)
- 24.** Notizen vom 23.–24. Februar 1854 (2 S.)
- 25.** Extract aus dem Senatsprotokolle de 1854, Feb. 24. pag 153 (1 S.)
- 26.** Extract aus dem Senatsprotokoll de 1854. März 4.–Mai 26 (6 S.)
- 27.** Eingabe von Anna Engelking und Notizen 1854, 11.–13. März (3 S.)
- 28.** Schreiben von Heinrich Schröder vom 18. März 1854 und Notizen 18. März–31. März 1854 (21 Seiten)
- 29.** Schreiben (Begnadigungsgesuch) und Notizen vom 10. März–10. Mai 1854 (17 S.)
- 30.** Notizen vom 9. April–10. Mai 1854 zum Gnadengesuch von Johann Hermann Meyer (2 S.)
- 31.** Notizen vom 11.–26. Juni 1854 zu Gnadengesuchen (8 S.)
- 32.** Schreiben und Notizen zu Gnadengesuchen, 11.–30. Juni 185 (6 S.)
- 33.** Schreiben und Notizen zu Gnadengesuchen, 18 Juli–22. August 185 (8 S.)
- 34.** Schreiben und Notizen zu Gnadengesuchen, 8. September–12. September 1854 (4 S.)
- 35.** Schreiben und Notizen zu Gnadengesuchen, 22.–25. Oktober 1854 (5 S.)
- 36.** Schreiben und Notizen zu Gnadengesuchen, 8.–10. November 1854 (5 S.)
- 37.** Schreiben und Notizen zu Gnadengesuchen, 26. August–28. Sept. 1855 (10 S.)
- 38.** Entscheidungsgründe zum Urtheil vom 25. Februar 1856 in Untersuchungssachen wider Nicolaus Heinrich Kolby etc. (Abschrift) (216 S.)
- 39.** Urtheil vom 25. Februar 1856 (Abschrift) (5 S.)
- 40.** Urtheil vom 25. Februar 1856 (Abschrift) (5 S.)
- 41.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Wilhelm Gottfried Meyer vom 16. März–2. Mai 1856 (47 S.)
- 42.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Johann Conrad Meyer vom 30.– 31. März 1856 (3 S.)
- 43.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Nicolaus Heinrich Kolby vom 9.–17. März 1856 (4 S.)
- 44.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Heinrich Carl Oldehoff vom 29. März–2. Mai 1856 (11 S.)
- 45.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Johann Christian Buschmann vom 13. Mai–2. Juni 1856 (5 S.)
- 46.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Heinrich Carl Oldehoff vom 21. Juni–7. Juli 1856 (8 S.)
- 47.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Emil Wilhelm Gottfried Meyer vom 15. Juni–15. Juli 1856 (12 S.)
- 48.** Extract aus dem Senatsprotokoll 14. Dec. 1857 (2 S.)
- 49.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Johann Heinrich Röfs vom 1. Februar–3. März 1858 (11 S.)

**50.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Johann Heinrich Röfs vom 30. April–7. Mai 1858 (5 S.)

**51.** Schreiben und Notizen zum Gnadengesuch von Johann Philipp Geerken vom 8. Mai–13. Juni 1862 (24 S.)

## **Band 2:**

Dieser Band enthält in mehreren Mappen Anlagen, die der Vorbereitung und Durchführung des Prozesses gegen Heinrich Nicolaus Kolby und Consorten betreffend Verbrechen wider den Staat und Übertretung der Verordnungen vom 19. Mai 1851 und 29. März 1852 (Verbot politischer Vereine) sowie der Dokumentation des Strafvollzugs und der Kostenberechnung dienen.

**1.** Alphabetisches Namensverzeichnis zu: Entscheidungsgründe zu Erkenntnissen des Obergerichts [Bremen] d. 11.10.1853 in Untersuchungssachen wider Nicolaus Heinrich Kolby und Consorten betr. Verbrechen wider den Staat. [gebunden ohne Seitenangabe]

**2.** Mappe 1: ad pag.969. Protoc. Aussage von N.H. Kolby (halbseitig beschrieben, 60 S.), erläuternde Bemerkungen über N.H.Kolbys Aussagen (30 S.)

**3.** Kuvert: bei Montignon gefundene Papiere, cf. Protocol pag 164;

**4.** Mappe 2: Designation [Inhaltsverzeichnis] des Convoluts No. 5 enthält:

- 33 Schriftstücke Behördenschriftverkehr [Gericht – Polizei]
- 38 Strafvollzugsbescheinigungen von namentlich aufgeführten Delinquenten
- alphabetische Namensliste der zu Zuchthaus [42] bzw. Gefängnis [32] Verurteilten; 3 Freisprüche; 3 Fälle: Strafe durch U-Haft abgebüßt; 2 Fälle: kein Urteil
- Liste zum Stand des Strafvollzugs der Verurteilten
- Eingaben der Verurteilten aus den Jahren 1853 / 1854 / 1856
- Kostenrechnung mit Aufschlüsselung des jeweiligen Anteils
- Dokumente 45, 47,51,54: Schriftverkehr betreffend Haft Wilhelm Gottfrieds Meyer
- Kostenrechnung in Untersuchungssachen gegen N.H. Kolby und Consorten erster Instanz
- Alphabetische Liste über Höhe und Vollzug der Strafe [76 Namen]
- Schreiben des Oberappellationsgerichts Lübeck v. 11. 4. 1856

**5.** Mappe 3: Schriftverkehr mit auswärtigen Polizeibehörden, betreffend Steckbrief des flüchtigen Johann Nagel v. 8.Juli 1853

**6.** Mappe 4: „Erkenntnis“ [Urteil] des Obergerichts Bremen v. 11.10.1853

- Erklärung des Criminalgerichts v. 25.Nov., daß es die Strafsache an das Obergericht abgibt
- 21 Dokumente betreffend: Gnaden- bzw. Restitutionsgesuche aus den Jahren 1854,1855, 1856, 1862, 1866
- Urteil des Oberappellationsgerichts Lübeck v. 3. März 1856

**7.** Mappe 5: 122 durchpaginierte Schriftstücke betreffend:

- Auszüge aus Polizeiakten zu Friedrich Wilhelm Rogge
  - Statuten der Krankenkasse „Treue Bruderschaft“
  - bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmte Dokumente, u. a. [106] Bleistiftskizze des Tagungssaals des Bremer Senats in der Börse
  - Namensliste, 20 Personen
  - Aktenstücke, die sich auf die Übernahme von Kautionen für die inhaftierten Angehörigen des „Todtenbundes“ beziehen
  - Haftbeschwerden
  - Steckbriefe
  - Behördenschriftverkehr Bremen / Lübben / Luckau; betr. den Zigarrenmacher Teetz
- [104] Namensliste aller Inhaftierten [an dieser Stelle nicht vorhanden]  
 [119] „Erkenntnis“ [Urteil] des Bremer Obergerichts gegen N.H. Kolby und Consorten wegen Verbrechens wider den Staat vom 11.10.1853  
 [120] Kolby und Schütz legen Rechtsmittel gegen das „Erkenntnis“ ein
- 8. Mappe 6: Abschließende Aufstellung der Prozeßkosten mit Anlagen**

### **Band 3**

#### **1. Designatio actorum in causa Nicolaus Heinrich Kolby**

27. Mai 1852-16. November 1853

Registratur vom 4. Febr. 1854

Registratur vom 1. Mai 1854

Akten I. – V. (979 S.)

**2. Entscheidungsgründe zum Urtheil vom 25. Februar 1856 in Untersuchungssachen wider Nicolaus Heinrich Kolby und Consorten, betreffend Verbrechen wider den Staat. (216 S.)**

**3. Urtheil. In Untersuchungssachen wider Nicolaus Heinrich Kolby und Consorten, betreffend Verbrechen wider den Staat. (5 S.)**

### **Vorläufige Fragestellungen zum „Todtenbund“:**

- Prozess öffentlich? Rechtsgrundlagen, Prozessordnung zu der Zeit?
- Medienöffentlichkeit:
  - Vorher?
  - Während?
  - Nachher?
  - Literarische Verarbeitung?
- Biographien:
  - Geboren?
  - Gestorben?
  - Umzüge?
  - Kontakte?
  - Mitgliedschaften?
  - Wanderschaften?
  - Flucht?
  - Was haben sie vorher beruflich gemacht?

- Was haben sie zu der Zeit beruflich gemacht?
- Was haben sie später beruflich gemacht?
- Was haben sie vorher politisch gemacht?
- Was haben sie nachher politisch gemacht?
- Quantitative Bedeutung des „Todtenbundes“?
  - Einwohner – Bürger? Wie viele Mitte der 1850er Jahre in Bremen?
  - Wie viele Mitglieder hatte der „Todtenbund“?
- Wer ist im „Todtenbund“ Mitglied gewesen? Namensliste.
- Gender der Mitwirkenden und Beteiligten?
- Qualitative Bedeutung des „Todtenbundes“?
- Nachwirkungen des „Todtenbundes“?

## Literaturhinweise

W. Blenke: Der Todtenbund oder: Der Verräther seines Vaterlandes, 1861.

Dagmar Burgdorf: Blauer Dunst und rote Fahnen. Ökonomische, soziale, politische und ideologische Entwicklung der Bremer Zigarrenarbeiterschaft im 19. Jahrhundert, Brockkamp Verlag, Bremen 1984.

Werner Biebusch: Revolution und Staatsstreich. Verfassungskämpfe in Bremen 1848-1854, Schünemann Verlag, Bremen 1973.

Der Todtenbund: Eine aktenmäßige Darstellung der wegen eines Complots gegen den Staat, respektive wegen eines Mordanschlags wider den Senat in den Jahren 1852-1853 geführten Criminaluntersuchung (Broschüre, 32 S., Bremen 1853).

Entscheidungsgründe des Obergerichts v. 11. Oktober 1853 in Untersuchungssachen wider Nicolaus Heinrich Kolby und Consorten, betreffend Verbrechen wider den Staat. (Als Manuskript gedruckt, Bremen 1853).

[Carl Georg Ludwig] Wermuth / [Wilhelm] Stieber: Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts. Im amtlichen Auftrage zur Benutzung der Polizei-Behörden der sämmtlichen deutschen Bundesstaaten. Erster Theil. Enthaltend: Die historische Darstellung der betreffenden Untersuchungen, A. W. Hayn, Berlin 1853 (Reprint: Olms, Hildesheim 1969 und Verlag Klaus Guhl, Berlin 1976).

[Carl Georg Ludwig] Wermuth/[Wilhelm] Stieber: Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts. Im amtlichen Auftrage zur Benutzung der Polizei-Behörden der sämmtlichen deutschen Bundesstaaten. Zweiter Theil. Enthaltend: Die Personalien der in den Communisten-Untersuchungen vorkommenden Personen, A. W. Hayn, Berlin 1854 (Reprint: Olms, Hildesheim 1969 und Verlag Klaus Guhl, Berlin 1976).

# Besondere Zeitdokumente

## **Arisierung: Raub jüdischen Eigentums in Ahrensböök, Ostholstein – Das Gut Dunkelsdorf bei Ahrensböök<sup>1</sup>**

### **Das Gut Dunkelsdorf bei Ahrensböök**

Unzweifelhaft sei jüdisches Landwirtschaftsvermögen nicht mit den Grundsätzen nationalsozialistischer Bodenpolitik vereinbar. So Bürgermeister Wilhelm Wulf im Oktober 1939 im Prozess gegen den Gutspächter Wilhelm (Guillermo) Schulz. „Die Eigentümerin des Gutes sei Volljüdin“. Ihr Ehemann könne deshalb dem „Gefolgschaftsmitglied“ Klein das Mietrecht auf dem Gut nicht kündigen. Schon im März 1939 hatte Wulf die Kreisbauernschaft aufgefordert, Stimmung gegen Schulz in Dunkelsdorf zu machen. Fortan wurde die Wegetafel zum Gut immer wieder in schwarzer Farbe mit der Aufschrift „Juden“ versehen. Der seit 1926 in Dunkelsdorf ansässige, 1892 in Peru geborene Landwirt Schulz gewann mit Hilfe des Rechtsanwalts Böhmker (Ahrensböök) den Prozess. Er hatte außerdem über die peruanische Gesandtschaft beim Reichsaußenministerium Protest eingelegt. Das „Memorandum zum Fall Schulz“ vom 5. Mai 1939 zwang den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Oberpräsidenten des LKA Schleswig-Holstein (Kiel) am 4. Juni 1940 anzuweisen: „Die Übertragung des Gutes Dunkelsdorf seitens der jüdischen Ehefrau Schulz an ihren arischen Ehemann wird von der Oberen Siedlungsbehörde genehmigt. Die Verordnung über den Einsatz jüdischen Eigentums (3. Juli 1939) findet keine Anwendung, weil das Ehepaar Schulz keine Absicht habe auszuwandern.“ Deshalb sei die Sicherungsanordnung gegen Frau Schulz vom 23. Dezember 1938 hinfällig (Zwangsverkauf – „freiwillige Arisierung“ – des Gutes für RM 338.000,-).

Wilhelm Schulz hatte am 4. Januar 1925 Edith Solmsen geheiratet. Sie erbte im Juni 1938 das Gut von ihrer Mutter, die am 23. Juni 1936 nach Dunkelsdorf gezogen war (siehe Nachtrag zur Judenkartei vom 2. Juli 1936). Diese Felitt Emilie (Lilly) Solmsen, geb. Brach, verheiratet mit dem klassischen Philologen Felix Solmsen, zählte seit März 1918 zu den Erben der jüdischen Gütergemeinschaft von Rudolph Brach und seiner Frau Frederike Emilie, geb. Feist-Belmonte (Sektkellerei in Hessen), mit vier Kindern. Neben Dunkelsdorf gehörte dazu der Wald Stodthagen auf dem Gut Kaltenhof, einst im Besitz der Reventlows mit ihrem Gut Glasau bei Ahrensböök.

---

<sup>1</sup> Der folgende Text von Jörg Wollenberg ist einer Ausstellungstafel zur Geschichte der Juden und Schulen in Ahrensböök entnommen. Der Autor eröffnete die Ausstellung in der Gedenkstätte Ahrensböök am 7. Dezember 2014.

Soweit die Geschichte einer verhinderten Arierisierung, rekonstruiert nach den unveröffentlichten, umfangreichen Akten zum Fall Schulz (Peru, 1939/40), die im Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich, lagern (NARA RG 242 T-120/MF 4713).

### **Das Haus der Beckhards in der Lübecker Straße (Pferdemarkt) 111**

Weniger erfolgreich war die Familie Beckhard-Asch. Am 21. September 1954 meldete der Rechtsanwalt und Notar Heinz Adler aus Oldenburg/OH im Auftrag der Erben der verstorbenen Tierärztin Clara Beckhard sämtliche in Frage kommenden Entschädigungsansprüche an, die sie als Eigentümerin des Grundstücks in Ahrensböök 1938 erleiden musste. Als Miterbin hatte die in den USA lebende Tochter Elly Asch, geborene Beckhard, außer Schäden für den Grundstücksverlust Kosten für die Judenvermögensabgabe sowie Disagio und Provisionsverlust bei der Auswandersperrmarktabrechnung geltend gemacht. Das Landesentschädigungsamt Schleswig-Holstein verweigerte eine Antwort, auch auf den Antrag des Anwaltes Alfred Adrian aus Flashing 55 / USA vom 1. September 1958, den er am 20. Dezember 1965 im Auftrag von Walter Beckhard erneuerte. Erst am 15. April 1969 teilte das Finanzamt des Landes Schleswig-Holstein der Erbgemeinschaft ohne Begründung mit: „Der Antrag auf Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz vom 14.9.1965 wird abgelehnt.“ (LAS Abt.761, Nr. 16759) Auf der Suche nach Gründen für dieses Vorgehen wandten wir uns erneut im Oktober 2007 an das Amtsgericht Eutin, um die Eigentumsrechte zu klären. Antwort: „Eine Anfrage beim Katasteramt hat ergeben, dass die Lübecker Straße (Pferdemarkt) 111 nicht existent ist. Anbei Kopierkosten von 8 DM“. Auch bei den Globus-Werken war jahrelang kein Kaufvertrag aufzufinden, bis die Suche mit Hilfe eines ehemaligen Mitglieds der Geschäftsleitung zum Erfolg führte. Im Werksarchiv fand sich 2010 ein Kaufvertrag vom 1. August 1938, ergänzt um den Grundbucheintrag und den Revisionsbericht. Danach wurde der Kauf für Haus und Grundstück der Beckhards auf 9.000 RM notariell festgelegt. Die Übergabe des Grundstücks erfolgte zum 1. Oktober 1938. Das Amtsgericht Eutin registrierte die Umschreibung im Grundbuch zum 1.11.1938 auf den Namen „‘Globus‘ Gummi- und Asbestwerke GmbH in Ahrensböök“. Diese Summe für die „freiwillige Arierisierung“ reichte nicht, um die Kosten der Ausreise aller Familienmitglieder in die USA zu decken. Die per Gesetz festgelegte Judenvermögensabgabe verschlang einen Großteil der Summe. Und die Reichsfluchtsteuer ermöglichte es nur noch reichen Juden, der Verfolgung und Vernichtung durch die Flucht ins Exil zu entgehen. Sie wurden nach dem 9. November 1938 zum Verkauf ihres Eigentums gezwungen (Zwangsarisation).

Die Zusammenarbeit von Gestapo und Finanzämtern bei der Ausplünderung der Juden in Deutschland bleibt bis heute ein gern verdrängter Skandal. Die

erste Seite des noch 2007 beim Amtsgericht Eutin nicht auffindbaren Belegs Nr. 247 des Notariats-Registers für 1938 lautet:

**[Abschrift des im Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich, befindlichen Dokuments:]**

A m t s g e r i c h t  
Fernsprecher: Nr. 582

Eutin, den 1.11.1938

Das im Grundbuche der Dorfschaft Ahrensbök  
Band 6 Art.-Nr. 228 auf den Namen des  
verstorbenen Tierarztes Hermann J.L.I. Beckhard

eingetragene Grundstück

ist – sind –

am heutigen Tage auf den Namen der

„Globus“ Gummi- und Asbestwerke G.m.b.H. in Ahrens-

bök

Stempel mit Paraphe  
und Datum 7. Nov.  
1938

im Grundbuche umgeschrieben worden, welches Ihnen in  
Gemässheit des § 55 der Grundbuch-Ordnung bekannt-  
gemacht wird.

[handschriftliche Unterschrift], Justizangestellte

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Amtsgerichts

## **Tagungen und Konferenzen**

### **50. Linzer Konferenz der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH), 25. – 28. September 2014**

#### **Ein Bericht über die Jubiläumskonferenz**

Nach mehr als 30 Jahren machte ich mich endlich wieder auf den Weg, um an der alljährlichen „Linzer Tagung“ teilzunehmen – im Auftrag der Bremer Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin. Die ursprüngliche Gründungsintention der ITH bestand darin, den Dialog zwischen den Historikern der Arbeiterbewegung in Ost und West aufrechtzuerhalten. Damals war es eine Tagung meist älterer Herren, die ihre Forschungsergebnisse vom Blatt vortrugen, begleitet von ihren jungen Assistenten. Wir Jüngeren aus dem Westen blieben in der Regel aufmerksame Zuhörer der von Herbert Steiner souverän und autoritär geleiteten Tagungen. Wir waren aufmerksame Beobachter der Fraktionskämpfe vor allem innerhalb des westlichen Lagers (zwischen den Anhänger der Abendroth-Schule und denen der FES oder der Böckler-Stiftung etc.). Wir nahmen teil an den Versuchen, Ost und West in separaten Sitzungen zusammenzuführen, z. B. mit der Initiative zur Gründung der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft mit Felix Tych, Narihiko Ito, Theo Pinkus, Wolfgang Abendroth, Annelies Laschitza u. a.

Auf der 50. Tagung der ITH war davon nichts mehr zu spüren. Auch nicht von den „alten Herren“. Lediglich der Japaner Ito erschien zur Eröffnungsveranstaltung und ward danach nicht mehr gesehen und nachgefragt. Ich fand eine völlig andere Teilnehmerstruktur vor, stark geprägt von jüngeren ForscherInnen. Sie sorgten für ein moderates Tagungsklima, für erstaunliche Detailkenntnisse, jedoch in der Regel ohne zentrale Fragestellungen und Einordnungen in Gesamtzusammenhänge. Das war zweifelsohne auch Folge der inhaltlichen Positionierung der Tagungsstrategen und Koordinatoren. Welche ambitionierte

Zielvorgaben der Tagung: Arbeitergeschichte nicht nur als Teil der Sozialgeschichte, sondern als Globalgeschichte, als transnationale Labour History mit einem „erweiterten“ Blick auf nicht formalisierte Arbeit, auf Formen von Zwangsarbeit in der Haus-, Dienstleistungs-, Landwirtschafts-, Fabrik- und Sexarbeit von 1850 bis 2000. Welcher universale Anspruch mit einem Mammutprogramm von fast 25 angekündigten Vorträgen an zweieinhalb Tagen, mehr oder weniger zusammengehalten von den Chairs und comments der Experten. Diskussionen waren deshalb kaum möglich und aus Zeitgründen wenig erwünscht. Auch der Auftaktvortrag (Keynote Lecture) von Michael Zeuske aus Köln über „No End after the End“, ein globalhistorischer Blick auf das Thema Sklaverei, konnte die Vielfältigkeit der Fragestellung ebenso wenig strukturieren wie der einführende Tagungsbeitrag von Magaly Rodriguez Garcia aus Brüssel über Geschichte und zu den Konzepten von freier und unfreier Arbeit, zumal auf das angebotene Begriffsgerüst später kaum zurückgegriffen wurde.

Trotz der Überfülle an Referaten bleibt zu bedauern und zu kritisieren, dass die Vorbereitungsgruppe der Tagung nicht in der Lage war, ein Panel zum Thema Zwangsarbeit und KZ-Haft im Ersten und Zweiten Weltkrieg anzubieten. Die auf den internationalen Jubiläumsfeiern zu beiden Weltkriegen weitgehend ausgeklammerte Zwangsarbeit hätte ein zentrales Thema sein müssen, verbunden mit einem Besuch im nahe gelegenen KZ Mauthausen oder einer Diskussion vor Ort über Zwangsarbeit und Industriepolitik in den unter anderem Namen weiter bestehenden „Reichswerken Hermann Göring AG Berlin“ in Linz, zumal darüber seit 2001 eine umfangreiche, von Oliver Rathkolb herausgegebene Studie vorliegt. Dass diese Studie neben anderen Bänden zum Thema nachträglich als Ersatz für die nicht angebotenen Beiträge zur Thematik auf dem Büchertisch der Tagungsstätte Jägermayrhof ausgelegt wurde, war weniger der Einsicht der Tagungsleitung als der Kritik der Teilnehmer an diesem Manko geschuldet. Und dennoch blieb die reale Arbeiterbewegung nicht gänzlich ausgeklammert. Nicht in der Tagungsstätte, sondern im „Wissensturm“ der Stadt Linz bot die ITH mit der Arbeiterkammer eine abendliche Podiumsdiskussion mit GewerkschaftsvertreterInnen aus Linz und Wien an, in der es um aktuelle Fälle von Zwangsarbeit ging, vorzüglich präsentiert u. a. von der jungen Vertreterin des Verbandes zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentierter Arbeitender in Wien (UNDOK), ein durchaus nachzuahmendes Modell für Deutschland.

Bleibt noch anzumerken,

1. Der seit Jahren im Rahmen der ITH-Tagungen vergebene René-Kuczynski-Preis ging an den Potsdamer Historiker Matthias Judt für seine Arbeit über den „Bereich kommerzielle Koordinierung: Das DDR Wirtschaftsimperium des Alexander Schalk-Golodkowski“ – verbunden mit einer glänzenden Laudation von Jörg Roesler.

2. Die Generalversammlung, vom scheidenden, verdienstvollen Präsidenten

Berthold Unfried etwas nachlässig geleitet, wählte die Wienerin Susan Zimmermann von der Central European University in Budapest zur neuen Präsidentin und bestätigte Marcel van den Linden aus Amsterdam als Vizepräsidenten. Lukas Neissl aus Wien wurde als Generalsekretär der ITH wieder gewählt. Ansonsten bestätigte die Generalversammlung die vom ITH Board vorgeschlagenen Mitglieder der alten Gremien. Auch folgte sie dem offensichtlich dem mit keinem der rund 100 Mitglieder vorher abgestimmten Vorschlag des Präsidiums, den Mitgliedsbeitrag zu erhöhen.

3. Wegen der Umbauarbeiten am Jägermayerhof werden die nächsten beiden Jahrestagungen der ITH nicht in Linz stattfinden, sondern 2015 in Berlin in Kooperation mit der Humboldt-Universität. Thema: Arbeit, informelle Arbeit und Nichtarbeit. Für 2016 wurde noch kein Ort und Thema festgelegt.

4. Das in Amsterdam gegründete European Labor Network beabsichtigt, 2015 seine erste Konferenz in Turin durchzuführen. Marcel van dem Linden schlug vor, die ITH zum Koordinator der Network-Arbeit zu machen.

*Jörg Wollenberg*

## **45. Tagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) in New York, 1. – 4. Oktober 2014**

Zum zweiten Mal in der Geschichte der IALHI fand deren Jahresversammlung vom 1. bis 4. Oktober 2014 in den USA statt. Während die Konferenz von 1997 im George Meany Center for Labor Studies in Silver Spring, Maryland, ausgerichtet wurde, wurde die IALHI-Tagung 2014 von den New York University Libraries organisiert, die mit der Tamiment Library und den Robert F. Wagner Labor Archives ebenfalls über bedeutende Quellenbestände zur Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung verfügt. Nach der Grußadresse von Katherine E. Fleming, Deputy Provost and Vice Chancellor der NYU, führten Geert Van Goethem (AMSAB-ISG, Gent) und Marien van der Heijden (IISG, Amsterdam) durch die Vereinsgeschäfte. Finanziell steht die IALHI auf gesunden Füßen, nicht zuletzt aufgrund des Umstandes, dass im Berichtsjahr keine aufwändigen Aktivitäten entfaltet wurden. Die Zahl der Mitglieder ist rückläufig. Aktuell gehören der IALHI noch 72 Institutionen an (Vorjahr: 81 Mitglieder). Für den Mitgliederschwund wurden verschiedene Gründe angeführt. Einerseits kämpfen verschiedene Mitglieder um ihr Überleben als eigenständige Einrichtungen, beispielsweise das seit 1946 bestehende Lenin-Museum in Tampere. Andererseits scheinen die Mitgliederbeiträge für kleinere Institutionen zu hoch. In der Diskussion wurde auch die mangelnde Attraktivität der IALHI für neue Mitglieder angeführt. Immerhin konnten zwei neue Mitglieder aufgenommen werden:

die Special Collections and University Archives (George Meany AFL-CIO Archive), College Park MD, und das Centre des Archives communistes en Belgique (CarCoB). Die Anfrage einer nepalesischen Institution, Center for Labour and Social Studies (CLASS), Kathmandu, wurde zur Beschlussfassung an das Koordinationskomitees der IALHI delegiert. Im Namen des Koordinationskomitees sprach Generalsekretär Geert van Goethem über die dringende Reorganisation der IALHI im Sinne eines Neustarts. Geplant ist die Ausarbeitung eines neuen Leitbildes („mission statement“), das zusammen mit einem neuen Organisationsmodell in der Jahresversammlung 2015 verabschiedet werden soll. A-felonne Doek (IISG, Amsterdam) informierte über die Option, das Projekt HOPE (Heritage of the People's Europe) bzw. das Social History Portal im Rahmen der CEF Europeana core service platform weiterzuführen. Ein entsprechender Antrag wurde im September 2014 mit Unterstützung von Europeana durch die IALHI Foundation eingereicht. Falls eine Projektbeteiligung zustande kommt, wäre es möglich, die technische Infrastruktur aus dem HOPE-Projekt weiterzuführen und neue Content provider zuzulassen und auch zu unterstützen. Alle Eingaben erfolgten unter größtem Zeitdruck, so dass eine umfassende Konsultation weder der HOPE-Projektpartner noch der IALHI-Mitglieder möglich war. An der 45. Jahresversammlung der IALHI in New York beteiligten sich deutlich weniger Mitgliedsinstitutionen und Teilnehmende als an früheren Konferenzen, was sicher auf die überdurchschnittlichen Reisekosten und -spesen zurückgeführt werden kann.

Anschließend an die Jahresversammlung der IALHI präsentierte Donald Weber (AMSAB-ISG, Gent) die digitalen Sammlungen im Social History Portal und zeigte Erweiterungsmöglichkeiten auf. Inhaltliche Neuerungen scheinen insbesondere durch eine engere Zusammenarbeit mit Worklab (International Association of Labour Museums) realisierbar, da alle betroffenen Institutionen mit den gleichen Dokumenten und Formaten arbeiten und auch mit vergleichbaren Problemen – Datenspeicherung, Langzeiterhaltung, Persistent Identifiers, Urheberrechtsfragen und Persönlichkeitsschutz – konfrontiert sind. Speziell hervorgehoben wurde das Interesse verschiedener Institutionen an einer künftigen Zusammenarbeit. Kontakte ergaben sich u. a. mit dem Kheel Center der Cornell University (Ithaca, USA), dem European Trade Union Institute (ETUI, Brüssel), dem ARBARK in Oslo sowie mit GPIB (State Public Historical Library of Russia) und GOPB (State Socio-Political Library, Moskau).

In mehreren Panels informierten IALHI-Mitglieder über Projekte ihrer Institutionen. Nina Sjöberg, die neue Direktorin des Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek, Stockholm, berichtete über das transnational angelegte Oral-History-Projekt „Undocumented in the Archives“, das der Rekonstruktion von Lebensläufen schlecht oder überhaupt nicht dokumentierter Arbeitsmigranten in Schweden gewidmet ist. Cheryl Beredo stellte Projekte vor, die am Kheel Center der Cornell University kürzlich abgeschlossen oder neu lanciert wurden: eine virtuelle

Ausstellung zur ILGWU Collection (International Ladies Garment Workers Union), eine umfangreiche digitale Sammlung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen<sup>1</sup> und die Fotosammlung „Shared Shelf Commons“. Jeff Howarth, TUC Library Collections (London), informierte über das Projekt „Voices from the Workplace 1945-1995“, das mit zahlreichen Interviews das Arbeitsleben von Männern und Frauen während des beschleunigten wirtschaftlichen und sozialen Wandels der Nachkriegszeit dokumentiert. Phillip Deery, Australian Society for the Study of Labour History, referierte über das New theatre movement der 1930er Jahre in Sydney. Diese Bewegung hat ihre Wurzeln im Agitprop-Theater des internationalen Kommunismus, entwickelte aber in Australien spezifische Eigenheiten. Eine wichtige Rolle spielte die Unterstützung sympathisierender Autoren, die ihre Skripte kostenlos oder zu sehr günstigen Konditionen zur Verfügung stellten.

In einem zweiten Präsentationsblock standen archivische Fragen im Vordergrund. Jennifer Eidson, University of Maryland, schilderte die Übernahme der umfangreichen Bestände des mitgliederstärksten Gewerkschaftsdachverbandes der USA durch die Bibliothek der University of Maryland. Das historische Archiv der AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations) umfasst rund vierzig Millionen Dokumente und reicht bis weit ins 19. Jahrhundert zurück. Frank Meyer, Arbeiderbevegelsens Arkiv og Bibliotek (Oslo) erläuterte die Strategie des ARBARK im Bereich der elektronischen Archivierung. Unterschieden werden vier unterschiedliche Typen von elektronischen Daten: (1) unstrukturierte Dokumente und Ordner; (2) Datenbanken bzw. Record Management Systeme; (3) Social Media und (4) Fotodokumente. Für die Archivbestände von Attac Norway und Norwegian Labour Party wurden Pilotprojekte gestartet, wobei für die digitale Langzeitarchivierung der Einsatz von Open-Source-Software vorgesehen ist. Gabriella Ivacs, OSA Archivum Budapest, stellte das Projekt „Commemorating the yellow-star houses“ vor, das an ein besonders tragisches Kapitel der ungarischen Geschichte erinnert. Nachdem die jüdische Bevölkerung in den Monaten Mai und Juni 1944 aus den ungarischen Provinzen deportiert und größtenteils vernichtet worden war, liefen im Sommer 1944 die Vorbereitungen zur Deportation der Budapester Juden an. In rund 2.000 Budapester Häusern, die mit einem gelben Stern gekennzeichnet wurden, sollten etwa 220.000 Juden untergebracht werden. Im Rahmen des OSA-Projektes wurde die Geschichte der „yellow-star“ Häuser aufgearbeitet. In Dutzenden von ehemaligen gelben Häusern fanden Gedenkveranstaltungen statt, bei denen auch Holocaust-Überlebende zu Wort kamen. Heute erinnert vielfach überhaupt nichts mehr an die dunkle Geschichte der Gebäude, und viele Bewohner kennen deren Schicksal gar nicht. Mit den Gedenkveranstaltungen sowie mit einer informativen Webseite (<http://www.csillagoshazak.hu/>) soll dies nun geändert werden.

---

<sup>1</sup> Siehe <http://digitalcommons.ilr.cornell.edu/blscontracts2/>.

Der erste Konferenztag wurde mit dem Referat von Patrizia Sione (Kheel Center, Cornell University) über den Brand der Triangle Shirtwaist Factory am 25. März 1911 in New York abgeschlossen. Dem Brand im 8. Stockwerk des Asch-Buildings im Greenwich Village fielen 146 Menschen – vorwiegend minderjährige Mädchen aus Immigrantenfamilien – zum Opfer. In den Jahren nach dem Triangle Fire wurden in den USA die Brandschutzbestimmungen und Sicherheitsvorschriften verschärft. Patrizia Sione führte die Teilnehmer im Anschluss an das Referat an den Ort des Geschehens.

Am zweiten Konferenztag berichtete Ginny Danielson über die Präsenz der New York University in Abu Dhabi. Im Jahr 2008 wurde dort ein Campus der NYU eingerichtet, dem eine elektronische Bibliothek mit 22 Fachbereichen und die Abteilung „Special collections“ mit Primärquellen in arabischer Sprache für akademische Forschungsprojekte angegliedert sind. Marion Casey, New York University, stellte die seit 1997 bestehenden Archives of Irish America vor. Obwohl heute mehr als zehn Prozent aller US-Bürgerinnen und -Bürger irische Wurzeln haben, ist die Geschichte der irischen Einwanderung bei weitem nicht so gut erforscht wie die deutsche, italienische oder jüdische Immigration. Ähnliche Zielsetzungen verfolgt das seit 1996 bestehende Asian/Pacific/American Institute der New York University. Wie John Kuo Wei Tchen, Direktor des a/p/a, ausführte, verfolgt das Institut dabei auch neue Ansätze der Migrationsforschung und rückt die Communityformierung sowie die Bedeutung von sozialen Netzwerken ins Blickfeld. Abgeschlossen wurde das Panel mit der Präsentation der Fales Library durch Marvin Taylor. Zur Fales Library gehört einerseits eine wertvolle Sammlung seltener Bücher und Manuskripte, die auf eine Schenkung von DeCoursey Fales im Jahr 1957 zurückgeht. Andererseits verfügt die Fales Library mit der Downtown Book Collection über einen umfangreichen Drucksachenbestand zur New Yorker Kunst-, Performance- und Theaterszene seit 1975.

Boris Belenkin, Memorial Moskau, informierte über die Aktivitäten von Memorial im vergangenen Jahr. Spezielles Augenmerk galt den Vorkommnissen rund um die Olympischen Spiele von Sotschi und der Dokumentation der Arbeitsbedingungen und der sozialen Lage der Arbeitsmigranten. Am 21. Juli 2014 wurde Memorial mit vier weiteren Menschenrechtsorganisationen in das „Register nichtkommerzieller Organisationen, die die Funktion eines ausländischen Agenten ausüben“, eingetragen. Boris Belenkin zeichnete ein düsteres Bild der neuesten Entwicklung in Russland und sprach von der Gefahr eines Rückfalls in autoritäre Verhaltensmuster der Zeit vor der Perestroika. Für die historische Forschung besonders unvorteilhaft sind die neuen gesetzlichen Regelungen zum Archivzugang. Bob Reynolds, George Meany Memorial Archives, referierte über das ominöse New Yorker Labor College, das in der Tradition des Ruskin College in Oxford in Räumlichkeiten der New York University existiert haben

soll. Tatsächlich wurden zwischen 1916 und 1932 viele Primärquellen zur Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung zusammengetragen, nicht zuletzt dank der fruchtbaren Zusammenarbeit von Charles A. Beard und Amne Grafflin. Dieses Kulturerbe ist noch heute in den Sammlungen der New York University und der University of Maryland präsent. Kostis Karpozilos stellte das in Athen situierte ASKI (Contemporary Social History Archives) vor. Das ASKI ist die wichtigste Archivinstitution für politische und soziale Gruppierungen der Linken in Griechenland. Zum Kernbestand gehören die Archive der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE). Das ASKI wurde 1992 gegründet; infolge der Finanzkrise erhält das ASKI keine staatliche Unterstützung mehr, und die Institutsarbeit orientiert sich wieder stärker an der sozialen und politischen Mobilisierung.

Im Anschluss an den Tagungsteil führte John Kuo Wei Tchen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum MOCA (Museum of Chinese in Amerika) nach Chinatown. John Kuo Wei Tchen gehörte 1980 zusammen mit dem Aktivist Charles Lai zu den Gründern des MOCA. Ziel der Gründung war es, ein besseres Verständnis für chinesische Kunst aus Amerika zu schaffen und die Geschichte der chinesischen Einwanderung mittels Fotodokumentation, Erforschung und Sammlung zu bewahren und zu fördern. Heute verfügt das MOCA über 60.000 Dokumente, Fotografien und Textilien und beherbergt damit die bedeutendste nicht universitäre Sammlung von Dokumenten und Objekten zum chinesischen Leben in den USA.

Zum Abschluss der arbeitsintensiven Tagung organisierte Andrew Lee, NYU Libraries, einen Ausflug zum Sylvester Manor auf Shelter Island. Die ursprünglich von Manhanset-Indianern bewohnte Insel wurde 1652 an britische Zuckerehändler aus Barbados verkauft. Einer von ihnen, Nathaniel Sylvester, besiedelte Shelter Island als erster Europäer. Sylvester Manor ist die älteste und besterhaltene Sklavenplantage im ganzen Nordosten der USA. Die letzten Sklaven auf Sylvester Manor wurden 1821 freigelassen, sechs Jahre vor dem Erlass des Sklavenverbots durch den Staat New York. Die University of Massachusetts in Boston hat ein archäologisches Grabungsprojekt gestartet, um die Geschichte der Sklavenwirtschaft auf Shelter Island im 17. und 18. Jahrhundert besser zu erforschen. In erster Linie ist die knapp einen Quadratkilometer große Farm heute eine nicht-kommerzielle Bildungseinrichtung, die nachhaltigen Öko-Landbau betreibt.

*Urs Kälin*

## **Zivilisationsbruch oder Beschleunigung? Konferenz debattierte über Ersten Weltkrieg Wuppertal, 19. – 21. September 2014**

Rosa Luxemburg irrte sich. Sie ging davon aus, dass die Soldaten des Ersten Weltkrieges nach Kriegsende wieder ihren Platz im Klassenkampf einnehmen würden. Doch die überlebenden Soldaten waren, wenn nicht traumatisiert, so doch zumindest verändert. Die Gesellschaft veränderte sich ebenso, der Krieg hatte jeden Winkel der Heimatfront erfasst. Diesem weitläufigen Feld näherte sich die Tagung „Geschichte wiederholt sich nicht, aber...“, die vom 19. – 21. September in Wuppertal stattfand. Knapp 100 TeilnehmerInnen hörten Vorträge und konnten an einem der sieben Workshops teilnehmen.

Die Tagung war in zwei Abschnitte gegliedert, die beide über ihre Themen und ReferentInnen die europäische Ebene in den Blick nahmen. Der eine widmete sich der psychischen und ideologischen Verarbeitung der Kriegserfahrung: während des Krieges und danach. Welche Folgen hatte er für Männlichkeitsvorstellungen und soldatisches Handeln, wie füllten verschiedene politische Strömungen den Wahnsinn des Krieges mit Sinn auf, wie verliefen die Deutungskonkurrenzen? Klaus Theweleit etwa definierte den Ersten Weltkrieg in seinem weit ausgreifenden Vortrag nicht als „Kulturbruch“, sondern als Zuspitzung und Beschleunigung bereits vorher angelegter Entwicklungen. Er verwies auf Gewalt als Kern der zeitgenössischen Kultur, und welche Folgen dies für die Körper hat. Einen ähnlichen, mentalitätsgeschichtlichen Zugang wählte die Psychoanalytikerin Gudrun Brockhaus. Sie wies darauf hin, dass ein reaktionärer Heldenmythos ganz neu aufgeladen werden müsse, wenn das Überleben im technisierten Krieg vom Zufall abhängt. Die reaktionären Verbände, aus denen sich dann auch der Nationalsozialismus speiste, hätten das Bedürfnis vieler nach Sinnstiftung und Harmonie besser befriedigt, als dies die Arbeiterbewegung vermochte.

Der zweite Strang nahm die Organisationen und Politiken der Arbeiterbewegung in den Blick und widmete sich deren Internationalismus oder der Novemberrevolution. Malte Meyer referierte zum Verhältnis von Militarismus und Gewerkschaften und kritisierte die „Verpreußung“ der Arbeiterbewegung. Dieter Nelles fragte danach, wie eine Geschichte der Verlierer zu schreiben sei. Marcel Bois untersuchte den Widerstand gegen den Krieg und die internationalen Effekte der deutschen Novemberrevolution, Joachim Schröder die Debatten in der Kommunistischen Internationale. Arno Klönne trug eine Analyse der gegenwärtigen und historischen Erinnerungspolitiken und der geschichtspolitischen Dimension der allorts bemühten sogenannten „Urkatastrophe“ vor. Anke Hoffstadt und Àngel Alcalde fragten danach, inwiefern soldatische

Fronterfahrungen und Kriegserlebnisse nicht nur zur Brutalisierung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen beigetragen haben, sondern auch eine direkte Voraussetzung für den Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus bildeten.

Die Tagung betrat Neuland und konnte im allgegenwärtigen „Erinnerungstsunami“, der bisweilen problematischen Erinnerungskultur des Ersten Weltkrieges, mit der sich auch Pieter Trogh in seinem Workshop über die Erinnerungsarbeit des In Flanders Fields Museum im belgischen Ypern kritisch auseinandersetze, ein Zeichen setzen. Zu ihrem Abschluss besuchten etliche TeilnehmerInnen die Ausstellung zur „Konsumgenossenschaft Vorwärts 1900 – 1918“ an deren eindrucksvollem, historischen Standort in der Wuppertaler Münzstraße.

Das Erscheinen eines umfassenden Tagungsbandes ist für 2015 vorgesehen. Audio- und Videodokumentation unter [www.rosalux.de/nc/event/50792](http://www.rosalux.de/nc/event/50792).

*Bernd Hüttner*

## ► VORANKÜNDIGUNG ◀

### **Eine „Stunde Null“ in den Köpfen?**

#### **1945 – Zur geistigen Situation nach der Befreiung**

#### **Konferenz**

Termin: 30. April 2015

Ort: KulturGut Alt-Marzahn, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin  
(In unmittelbarer Nähe befinden sich Haltestellen der TRAM-Linien M8 und 18 sowie der Buslinien 154 und 192.)

Zeit: Beginn 9:00 Uhr, Ende ca. 17:00 Uhr

Veranstalter: Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V.  
Zeitgeschichtliches Archiv e.V.  
Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.

Ausgewählte Referate:

Prof. Dr. Günter Benser: 1945 – eine historische Zäsur

Prof. Dr. Peter Brandt: Zwischen Grotewohl und Schumacher. Zu den Debatten in der SPD um ein neues Sozialismus-Konzept

Prof. Dr. Jürgen Hofmann: Die KPD und ihre Auseinandersetzung mit der ideologischen Hinterlassenschaft des deutschen Faschismus 1945/46

Prof. Dr. Siegfried Prokop: Die Intelligenz im Jahre 1945

Prof. Dr. Jörg Roesler: Zum Umgang mit den Flüchtlingen in der sowjetischen und britischen Besatzungszone

Prof. Dr. Jörg Wollenberg: „Fraglich, ob Deutschland überhaupt als geschlossene Einheit aus dem Krieg herauskommt“. Zum Scheitern der Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten

Dr. Reiner Zilkenat: Alltag und kulturelles Leben in Berlin nach der Befreiung

Moderation: Prof. Dr. Heinz Engelstädter, Dagmar Goldbeck, Dr. Harald Wachowitz.

# Neues aus der Forschung

## **Promotionsprojekt: Der Rote Stoßtrupp. Darstellung und Analyse einer frühen sozialistischen Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus**

In meinem Promotionsprojekt wird der Rote Stoßtrupp, eine bisher weitgehend unbeachtet gebliebene Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, umfassend dargestellt und analysiert. Die Studie ist historisch-polito-logisch angelegt und wird mit strukturanalytischen und biografischen Methoden verknüpft. Das Promotionsvorhaben wird betreut von Prof. Dr. Siegfried Mielke vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Finanzielle und ideelle Unterstützung erfahre ich durch ein Promotionsstipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ich rechne mit einer Fertigstellung des Projekts im Sommer 2015.

Die bis heute zum Roten Stoßtrupp vorliegende Literatur spiegelt die Arbeit dieser bedeutenden Widerstandsgruppe und ihr langjähriges Wirken während der nationalsozialistischen Diktatur nur ungenügend wieder. Bisher wurden nur Bruchteile des heute zugänglichen Quellenmaterials ausgewertet. Nahezu alle Autoren, die vom Roten Stoßtrupp berichteten, beschränkten sich auf seine Aktivitäten in Berlin im Jahr 1933. Daher ist das Bild, welches von der Gruppe in der interessierten Öffentlichkeit besteht, unvollständig und in Teilen auch falsch. Erstmals werde ich weitere Aktionsräume außerhalb Berlins belegen können – so zum Beispiel in Bielefeld, Pirmasens und Stettin. Darüber hinaus können Gruppenstrukturen bis 1944 belegt werden. In meiner Dissertation werde ich die These vertreten, dass, gemessen an weitaus bekannteren Gruppen, wie beispielsweise der Weißen Rose, den Edelweißpiraten oder der Sozialistischen Front, der Rote Stoßtrupp ebenso bedeutend war. Damit wird eine Neueinordnung der Gruppe bezüglich ihrer Relevanz im Gesamtspektrum des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus notwendig.

Pointiert zusammengefasst stellt sich die Organisationsgeschichte wie folgt dar: Im Juli 1932 als Reaktion auf den Preußenschlag von einer kleinen Gruppe Intellektueller aus dem Umkreis der „Neuen Blätter für den Sozialismus“ gegründet, entwickelte sich der Rote Stoßtrupp innerhalb weniger Monate zu einer in fast alle antinationalistischen Lager gut vernetzten Widerstandsgruppe. Seine schätzungsweise 500 aktiven Anhänger – überwiegend Sozialdemokraten – stammten aus allen sozialen Schichten. Die Gruppe verstand sich als linke Sammelbewegung und kritisierte insbesondere die Parteiführungen von SPD und KPD und deren Strategien zur Abwehr und Bekämpfung des Nationalsozialismus. Angeleitet wurde die Organisation vom sogenannten Roten Stab. Dieses Gremium koordinierte die Widerstandsarbeit, die in erster Linie im Vertrieb

einer Zeitung, die den Gruppennamen trug, und dem Aufbau von Dependancen außerhalb Berlins bestand.

In 27 Ausgaben des „Roten Stoßtrupps“ und zwei Flugblättern widmete sich die Gruppe 1933 mit einem antikapitalistischen und antinationalistischen Fokus tagespolitischen Themen, Wirtschaftsmeldungen, Berichten aus Berliner Betrieben und Nachrichten zum Widerstand. Sie propagierte eine „Diktatur des Proletariats“ und strebte eine Einheitsfront von unten an, die sie aber selbst nur in Ansätzen umsetzen konnte. Ende des Jahres erreichte man mit jeder neuen Ausgabe der Zeitung bei einer Auflage von über 1000 Stück bis zu 5.000 Leser, die in ihrem sozialen Umfeld als Meinungsmultiplikatoren wirkten. Entgegen des bisherigen Forschungsstands, der die schriftlichen Zeugnisse der Gruppe bis auf wenige Fragmente verschollen glaubt, kann in meiner Dissertation anhand zahlreicher gefundener Ausgaben der Zeitung eine inhaltliche Auswertung der veröffentlichten Ziele des Roten Stoßtrupps erfolgen.

Ende 1933 gelang es der Gestapo, etwa 150 Anhänger festzunehmen. 61 von ihnen wurden bis Mitte 1935 in sechs Prozessen, vier davon in Berlin, zu teilweise hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Die illegale Arbeit des Roten Stoßtrupps konnte jedoch bereits ab 1934 in zwei Nachfolgeorganisationen mit stark reduzierter Personenzahl fortgesetzt werden. Ein Teil der unentdeckten Anhänger der Widerstandsgruppe legte unmittelbar nach der Teilzerschlagung der Gruppenstrukturen ihr Hauptaugenmerk auf die Betreuung der inhaftierten Genossen und deren Angehörige. Unter Ausnutzung guter Kontakte zu Organisationen wie zum Beispiel der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation gelang es, Gelder für einen Hilfsfonds zu akquirieren.

Teile des Unterstützerkreises nannten sich ab 1935 Neuer Roter Stoßtrupp. Dessen Wirken war vor allem durch seine Oppositionsrolle gegenüber dem Prager Parteivorstand der SPD geprägt, dem die Gruppe seinen Vertretungsanspruch für die deutsche Sozialdemokratie absprach. Der Personenkreis des Neuen Roten Stoßtrupps, der bereits 1934 an Kartellbestrebungen mit dem Prager Auslandsbüro der Gruppe Neu Beginnen und dem Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten mitgewirkt hatte, baute in der ČSR und der Schweiz zwei Auslandsbüros auf. Besonders von der Tschechoslowakei aus wurde 1934 und 1935 das damalige Mitteldeutschland mit illegalem, zum Teil selbstverfasstem Schriftmaterial beliefert. Zum Jahreswechsel 1935/1936 kam es auch in Reihen dieser Gruppe zu Verhaftungen. 1936 ging sie noch ein Bündnis mit den Revolutionären Sozialisten Deutschlands ein und schrieb in deren Hauptpublikationsorgan, den „RS-Briefen“. Mit der Auflösung der Revolutionären Sozialisten 1937 endete die Geschichte des Neuen Roten Stoßtrupps.

Weitestgehend unabhängig davon arbeitete von 1934 bis mindestens 1944 eine Nachfolgeorganisation des Roten Stoßtrupps unter gleichem Namen in

Berlin weiter. Zu den vielfältigen Widerstandstätigkeiten dieser Gruppe gehörten bis mindestens 1935 der unregelmäßige Weitervertrieb der Zeitung, Desinformation der Ermittlungsbehörden und Auslandskurierdienste. Zudem unterhielt die Gruppe einen „Warndienst“, dem es durch die Unterstützung von „Trojanischen Pferden“ in nationalsozialistischen Gliederungen gelang, Mitglieder verschiedener Widerstandsgruppen vor drohenden Verhaftungen zu warnen. Ein „Schutzdienst“ gewährte Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes Unterschlupf. Einige Anhänger der Gruppe standen zudem im Kontakt zum Widerstandskreis des 20. Juli 1944. Mit den Gegenmaßnahmen der Nationalsozialisten infolge des Attentats auf Adolf Hitler enden die Berichte von Aktivitäten dieser Gruppe.

Meine Dissertation speist sich im Wesentlichen aus drei Quellentypen: Dokumenten aus der Zeit von 1933 bis 1945, sogenannte Entschädigungsakten und Erinnerungsberichten von Zeitzeugen. Der Großteil der mir zur Verfügung stehenden Archivquellen stammt aus Berlin: dem Bundesarchiv, dem Landesarchiv und dem Landesamt für Ordnungsangelegenheiten. Die für mein Projekt wichtigsten auswärtigen Archive sind das Archiv der sozialen Demokratie in Bonn und das Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis in Amsterdam.

Für Leser dieser Mitteilungen dürfte interessant sein, dass einer meiner Hauptzugangspunkte zu den Beständen des Bundesarchivs die „Kartei zu Personen und Sachverhalten des antifaschistischen Widerstandskampfes“ ist. Dieses Findmittel seinen etwa 460.000 Karteikarten (übertragen auf hunderte Mikrofiches), die Angaben zu zehntausenden Akteuren des Deutschen Widerstands und teilweise auch ihren konkreten Widerstandshandlungen sowie die Verfolgung durch die Nationalsozialisten geben, lieferte auch entscheidende Hinweise über den heutigen Standort von Entschädigungsanträgen in ostdeutschen Archiven. Anders als für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gab es in der DDR keine zentrale Erfassungsstelle für derartige Anträge. In der Regel finden sich aber Hinweise in der genannten Kartei. Nicht immer weisen die Archivkarten auf das heute tatsächlich besitzende Archiv hin, da es hier vor allem nach 1989 einige Veränderungen gegeben hat. Anhand der Altsignaturen, im Bundesarchiv ausliegender Hilfsmittel oder durch Nachfrage bei den Mitarbeitern des Lesesaals, lässt sich jedoch in der Regel der aktuelle Standort der Akte ermitteln oder die Suchoptionen eingrenzen.

Neben Hinweisen zu Entschädigungsakten bietet die „Kartei zu Personen und Sachverhalten des antifaschistischen Widerstandskampfes“ bei biografisch ausgerichteten Forschungsprojekten auch einen empfehlenswerter Zugangspunkt beispielsweise zu den Beständen R58 (Reichssicherheitshauptamt) und NJ (Nazijustiz). Mitunter enthalten die alphabetisch sortierten Karteikarten Hinweise zu Mikrofiches und -filmen, die man anhand des im Internet und Lesesaal

nutzbaren Suchsystems „Argus“ und der Findbücher (nur teilweise online verfügbar) nicht dem eigenen Thema zugeordnet und deswegen womöglich auch nicht eingesehen hätte.

Während der zahlreichen Stunden an diesem Karteischrank und dem dazugehörigen Readerprinter kam mir oft der Gedanke, welch immenser Zugewinn eine Digitalisierung dieser Kartei für Forschungsprojekte zum deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus wäre. Man stelle sich vor, mit der Eingabe nur weniger Suchbefehle hätte man zahlreiche weiterführende Hinweise zu Akteuren des Roten Stoßtrupps in Berlin, Kommunisten in Hamburg, Metallarbeitern in Leipzig, Zeugen Jehovas in Dortmund, Mitgliedern der Sozialistischen Front in Hannover und so weiter.

*Dennis Egginger-Gonzalez<sup>1</sup>*

**Promotionsprojekt:  
Die Neue Linke und die Theorie – Anziehungskraft und Niedergang  
politischer Ideen im Spiegel der Zeitschriften  
„PROKLA“ und „Das Argument“**

Rund zehn Jahre nach 1968 schien die Anziehungskraft marxistischer Ideen verfliegen. Jedenfalls wurde in der Zeitschrift „PROKLA“ 1979 „die Frage aufgeworfen, inwieweit der Marxismus bzw. die einzelnen marxistischen Strömungen den eigenen Anspruch, gesellschaftsemanzipatorische Theorie und Handlungsorientierung zu sein, erfüllt oder nicht erfüllt.“<sup>1</sup> Ganz ähnlich klang dies 1982 auch im Argument: Es sei „in mehr als einer Hinsicht auch von einer Krise des Marxismus und seiner unterschiedlichen Auslegungen zu sprechen“.<sup>2</sup> Man muss diesen Stimmen Gewicht einräumen – beide Zeitschriften waren und sind bis heute einflussreiche Debattenorgane der deutschen Neuen Linken. Zu ihren Mitarbeitern und Beiträgern gehör(t)en Größen wie Wolfgang Abendroth, Günther Anders und Wolfgang F. Haug, Elmar Altvater, Oskar Negt oder Claus Offe. Auch etliche profilierte internationale linke Denker äußerten sich in den beiden, enge Verbindungen mit linken Politpraktikern pflegenden Magazinen.

Das Zweifeln am Marxismus bezeugt eine bemerkenswerte Volte im linken Selbstverständnis: Denn Wiederentdeckung und Reformulierung des Marxismus verkörperten auch international das Projekt der Neuen Linken.<sup>3</sup> In der Folge reiften marxistische Ideen zum selbstverständlichen Bezugspunkt des

---

<sup>1</sup> Dennis Egginger-Gonzalez ist Doktorand der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<sup>1</sup> PROKLA 36, 9. Jg., H. 3 / 1979, S. 5.

<sup>2</sup> Das Argument 133, 24. Jg., 1982, S. 321.

<sup>3</sup> Ingrid Gilcher-Holtey: Die Phantasie an der Macht. Mai 68 in Frankreich, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M., S. 46.

Linksseins.<sup>4</sup> Auch der frühe Zeitpunkt dieser Äußerung ist bemerkenswert: Tauchen hier doch bereits einige Jahre vor dem Ende der Sowjetunion, das häufig als Beginn der (Identitäts-)Krise linker politischer Akteure gilt, Zweifel an der linken Selbstverortung auf.

Und wie sieht es heute aus? Viele, sich selbst als links begreifende Intellektuelle und Aktivisten meinen ohne einen Bezug auf die Ideen Marx' auszukommen. Eindeutig ist, dass sich das „J'accuse“ heutiger kritischer Intellektueller aus unterschiedlichen ideellen Quellen speist – was Konsequenzen für die linke politische Praxis hat: Denn ob ein weitgehend fraktioniertes „linkes Mosaik“ grundlegende politische Veränderungen anstoßen könnte, wird heftig debattiert.<sup>5</sup> Was also erklärt die Anziehungskraft unterschiedlicher politischer Ideen auf linke politische Akteure historisch? Welche Verbindungen bestehen? Diese Fragen leiten das Erkenntnisinteresse dieser Dissertation.

Beantwortet werden sollen sie über eine ideengeschichtliche Untersuchung neulinker Debatten bis in die Gegenwart. Gleichmaßen als hauptsächlicher Forschungsgegenstand und ein Orientierung liefernder Leitfaden stehen dabei die aus dem Milieu des „akademischen Marxismus“<sup>6</sup> stammenden Zeitschriften „PROKLA“ und „Das Argument“ im Fokus. Sie stellen den Zugang zur linksintellektuellen Debattenlandschaft sicher und dienen als Türöffner zur Analyse der veränderten Anziehungskräfte politischer Ideen, denen in der Arbeit freilich über den Kontext beider Zeitschriften hinaus nachgespürt werden soll. Methodisch stützt sich die Dissertation hierfür auf eine Kombination aus wissenssoziologischer Diskursanalyse<sup>7</sup> und biografisch-narrativem Interview<sup>8</sup>, mit wichtigen Redaktionsmitgliedern, Beiträgern oder linken Vordenkern.

Der Zugang wird über Zeitschriften gewählt, da diese als Seismografen für Diskursräume gewertet werden können. Zeitschriften, als kollektive Agitatoren, Propagandisten und Organisatoren<sup>9</sup> und als unterschiedliche Autoren zusammenführende Debattenplattformen<sup>10</sup>, weisen – periodisch erscheinend – hohen

---

<sup>4</sup> Axel Schildt / Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, Carl Hanser Verlag, München 2009, S. 516.

<sup>5</sup> Vgl.: Luxemburg, 2. Jg., H. 1 / 2010.

<sup>6</sup> Michael Krätke: Marxismus als Sozialwissenschaft. In: Frigga Haug / Michael Krätke (Hrsg.): Materialien zum Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus. Für Wolfgang Fritz Haug zum 60. Geburtstag, Argument Verlag, Hamburg 1996, S. 69-122; Ingo Elbe: Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965. 2., korrigierte Aufl., Akademie Verlag, Berlin 2010.

<sup>7</sup> Vgl. Reiner Keller: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Reiner Keller / Andreas Hirseland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden, 3., aktualisierte u. erweiterte Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011, S. 125ff.

<sup>8</sup> Gabriele Rosenthal: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Juventa Verlag, Weinheim – München 2005.

<sup>9</sup> W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1977, S. 5ff.

<sup>10</sup> Antonio Gramsci: Gefängnishefte, hrsg. von Klaus Bochmann u. Wolfgang Fritz Haug, 10 Bde., Argument-Verlag, Hamburg 1991–2002.

Aktualitätsbezug auf und verkörpern so besonders nachdrücklich die historische Seinsverbundenheit (Mannheim) von Ideen. Diese wiederum kann als Grundlage wandelnder sozialtheoretischer Anziehungskräfte angesehen werden.

Zielsetzung und Themenspektrum der Dissertation können anhand einiger leitender Thesen und Vorüberlegungen verdeutlicht werden. Der angesprochene „Bruch“ im linken Selbstverständnis am Ende der 1970er Jahre wird häufig mit der zeitlichen und zum Teil auch inhaltlichen Verschränkung<sup>11</sup> neoliberaler Umgestaltung „westlicher“ Gesellschaften ab dem Ende der 1970er Jahre im Verbund mit dem Auftreten der Neuen Sozialen Bewegungen erklärt. Betrachtet man dieses bekannte Erklärungsmuster, übersieht man jedoch leicht die Paradoxie, dass hier ausgerechnet zum Zeitpunkt einer tiefen Krise des Kapitalismus lautstarke Zweifel an marxistischen Ideen geäußert werden. Was könnte neben diesen externen Großtrends hierfür verantwortlich sein?

Zumindest scheinen sich auch im Diskussionszusammenhang des akademischen Marxismus selbst Risse ausgebreitet zu haben. Elmar Altvater beklagte 2007, besonders „schwer[...] wieg[e], dass aus dem Inneren des akademischen Milieus zu wenige Anstöße in Richtung einer Weiterentwicklung linker Theorie im Allgemeinen und des akademischen Marxismus in Sonderheit erwachsen.“<sup>12</sup> Diese Deutung zeigt, dass sich die hier als Arbeitshypothese verwendete „Krise des Marxismus“ auch innerhalb des Diskussionszusammenhangs des akademischen Marxismus ausbreitete. Ein aktuelles Urteil über die damaligen Protagonisten lautet jedenfalls harsch: Die Marx-Philologie jener Jahre habe „nach einem intellektuell verlorenen Jahrzehnt [...] in die ‚Krise des Marxismus‘“<sup>13</sup> geführt. Tatsächlich scheint es, als habe sich die Diskursgemeinschaft um die Zeitschriften mehr und mehr vom „Politischen“ der Neuen Linken und seinen Akteuren entkoppelt. Die „PROKLA“ etwa kommentiert 1992, ein generationelles Motiv bemühend, kraftlos, dass jüngere Leser ohnehin nicht mehr wüssten, dass die Abkürzung PROKLA für den Titel Probleme des Klassenkampfes stehe.<sup>14</sup>

Interessanterweise stellt „Das Argument“ bereits 1984 ein Verständnis des Linksseins fest, das stark an das heutige Verständnis einer Mosaiklinken erinnert. Die Linke existiere nur „als Projekt divergierender Bewegungen und Strömungen“.<sup>15</sup> Theoretisch eingefasst wird dies ab dem Ende der 1970er Jahre

---

<sup>11</sup> Vgl.: Luc Boltanski / Ève Chiapello: Der neue Geist des Kapitalismus. Aus dem Französischen von Michael Tillmann, UVK, Konstanz 2003.

<sup>12</sup> PROKLA 146, Jg. 37, H. 1 / 2007, S. 23.

<sup>13</sup> Christoph Henning: Attraktion und Repulsion. Marxistische Gesellschaftsentwürfe zwischen Selbstverwirklichung und Gewalt. In: Thomas Kroll / Tilman Reitz: Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland - Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013, S. 70-86.

<sup>14</sup> PROKLA 86, Jg. 22, H. 1 / 1992, S. 1.

<sup>15</sup> Das Argument 148, Jg. 26, 1984, S. 823.

von neuen kritischen sozialtheoretischen Ansätzen wie dem Poststrukturalismus, später auch dem Postmarxismus und der postkolonialen Theorie, die eine gemeinsame politische Praxis erschweren. Denkbar wäre, dass der Verlust gemeinsamer theoretischer Fundamente – etwa die Abkehr vom kollektiven historischen Subjekt und die Hinwendung zu individuelleren politischen Identitäten und damit kleinteiligeren Aktionsformen – schlagkräftige Perspektiven untergräbt. Und so ließe sich heute freilich argumentieren, dass in der mit dieser Pluralität einhergehenden theoretischen Konkurrenz ein Grund dafür liegen könnte, dass aktuelle soziale Bewegungen mit kleinteiligerem Fokus kaum mehr große Herausforderungen für den herrschenden Politikbetrieb verkörpern. Das Versanden der Occupy-Bewegung in Deutschland legt dies auch praktisch nahe.

Angekommen in der Gegenwart kann indes, diesen Eindruck konterkarierend, seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 von einem Revival linker, kapitalismusskeptischer und wiederum auch marxistischer Ideen und einem (Wieder)Entdecken solcher Autoren wie Slavoj Žižek, Terry Eagleton, David Harvey oder Eric Hobsbawm gesprochen werden. Freilich ohne, dass diese bislang praktisch auf breiter Front Einfluss auf die deutsche Politik genommen haben. In welche Richtung der ideengeschichtliche Zug linken Engagements von der Gegenwart in die Zukunft aufbricht, wird sich zeigen – wie er zum derzeitigen Zwischenhalt gelangte, dies möchte die hier vorgestellte Dissertation klären.

*David Bebnowski*<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> David Bednowski ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen. Das vorgestellte Dissertationsprojekt entsteht im Kontext des Graduiertenkollegs Geschichte linker Politik in Deutschland jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

# Aus dem Vereinsleben

## Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2014

Beim Rückblick auf das Geschäftsjahr 2014 kann der Vorstand erneut eine positive Bilanz ziehen.

### *1. Öffentlichkeitsarbeit*

#### *1.1 Mitteilungen des Förderkreises (MFK)*

Termingerecht im März und September 2014 erschienen die Nummern 45 und 46 der MFK. Ihre positive Aufnahme spiegelt sich auch in Besprechungen in Print- und Internetmedien deutlich wider. Die Rezensenten hoben vor allem die gegen den Mainstream gerichteten Erstveröffentlichungen von fünf Dokumenten und mehreren Aufsätzen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (unter besonderer Berücksichtigung des 100. Jahrestages der Entfesselung des Ersten Weltkrieges und des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges) hervor. Die Bedeutung von Zeitungsausschnitten als historische Quelle veranschaulichte ein Beitrag über Geschichte und Bestand des „Zeitgeschichtlichen Archivs“ im Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts (Nr. 45), der dem Profil der MFK und unseres Vereins in besonderer Weise entsprach. Mit der Bibliothek und dem Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (Nr. 46) konnte erneut eine ausländische Institution vorgestellt werden. Fortgesetzt wurde in beiden Heften die Reihe „Neues aus der Forschung“, in der junge Wissenschaftler ihre Promotionsprojekte vorstellen. Informationen zur Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED vermittelt ein Artikel (Nr. 46), der zugleich auf mittlerweile vier, über die Homepage des Förderkreises zugängliche Beiträge verweist, in denen ehemalige Bibliothekare dieser Einrichtung über die Vor- und Frühgeschichte, den Bestandsaufbau, die bibliografische Arbeit und die Benutzung der Bibliothek informieren. Insgesamt ist festzustellen: Das hohe Niveau der MFK konnte gehalten werden.

#### *1.2. Vorträge*

Auch 2014 nutzte der Förderkreis die gemeinsame Vortragsreihe mit der SAPMO (BArch) und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, um einem jungen Wissenschaftler Gelegenheit zu geben, seine Forschungsergebnisse öffentlich zu machen. Im Juni 2014 war es Oliver Reschke, der über das Thema „Kampf um die ‚roten Kieze‘ in Berlin. Das Eindringen von SA und NSDAP in die proletarischen Wohnquartiere“ sprach. Sein Autorreferat ist in Nr. 46 der MFK, S. 55f. nachzulesen. Themen weiterer Vorträge waren: „Die Politik der Ausgrenzung. Die SED und Gorbatschows Geschichtspolitik“ (Referent: Manfred Wilke), „Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschafts-

imperium des Schalk-Golodkowski – Mythos und Realität (Referent: Matthias Judt), „Mythos ‚Einheit‘ – Anmerkungen zur Erinnerungspolitik des FDGB“ (Referent: Thomas Brunner).

Den der Jahresversammlung am 3. Mai 2014 vorgeschalteten Vortrag hielt unser Vereinsmitglied Eckhard Müller zum Thema: „Die Geschichte des Verbandes der Freidenker (VdF) und dessen Überlieferungen“.

*1.3. Henryk Skrzypczak: Als es „ums Ganze“ ging. Gewerkschaften zwischen Revolution und Kapitulation. 1918 -1933, hrsg. von Marga Voigt und Reiner Zilkenat, edition bodoni, Berlin 2014.*

Diese durch den Förderkreis unterstützte Publikation mit Arbeiten unseres Gründungsvorsitzenden zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung analysiert Entscheidungssituationen in den Jahren der Weimarer Republik und beim Machtantritt des Hitlerfaschismus. Ein Vorausexemplar des Buches konnte Henryk Skrzypczak an seinem 88. Geburtstag am 3. Mai 2014 im Beisein vieler Vereinsmitglieder aus der Hand unseres Vorsitzenden in Empfang nehmen. Inzwischen liegen erste positive Besprechungen vor (ITH, Rundbrief, 51. Jg., Nr. 1, S. 18. f = [http://www.ith.or.at/rundb/rb\\_51\\_1.pdf](http://www.ith.or.at/rundb/rb_51_1.pdf); MFK, Nr. 46, S. 60 f.; neues deutschland, 19. 9. 2014). Mit diesem Band eröffnet edition bodoni in Zusammenarbeit mit unserem Förderkreis die Reihe „FORUM PERSPEKTIVEN DER GESCHICHTE“.

*1.4. DVD „Der Erste Weltkrieg. Zeitgenössische Presseartikel“ und Ausstellung „Ein Krieg – ‚ganz aus Versehen‘?“ im Kultur- und Nachbarschaftsclub RuDI in Berlin-Friedrichshain*

An der Erarbeitung beider Projekte, die ausdrucksstark das im Mainstream verbreitete Bild der Geschichte des Ersten Weltkriegs in Frage stellen, war unser Vorsitzender maßgeblich beteiligt. So geht die DVD vor allem auf jene Problemfelder ein, die in den zahlreichen wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Publikationen anlässlich des 100. Jahrestages der Entfesselung des Ersten Weltkrieges weitgehend ausgespart wurden: die Lage der Frauen, Kinder und Jugendlichen an der „Heimatfront“, die zugespitzte Ernährungslage und das Schicksal der Verwundeten und Traumatisierten. Die DVD wird mittlerweile auch im Geschichtsunterricht genutzt.

*1.5. Rainer Holze / Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Karl Dietz Verlag, Berlin 2012.*

Mit der Festschrift für Günter Benser ist es wirksam gelungen, wichtige neue Forschungsergebnisse vorzulegen und die gegenwärtigen wissenschaftlichen Debatten anzuregen. Das bezeugen die über 20, z. T. sehr ausführlichen Rezensionen in Fachzeitschriften, Internetportalen von Stiftungen und Universitäten und in Periodika. Die letzte Besprechung wurde in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 11/2014 veröffentlicht. Erfreulicherweise wurde auch in Konferenzen und Arbeiten vornehmlich jüngerer Wissenschaftler auf den Sammelband Bezug genommen.

*1.6. Günter Benser: Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Mit einem Dokumentenanhang, edition bodoni, Berlin 2013.*

Wie bereits im Jahr ihres Erscheinens wird die Publikation auch 2014 in den Besprechungen der Fachzeitschriften und Zeitungen sowie auf Internetportalen verschiedener Stiftungen sehr positiv eingeschätzt. Sie wird als eine notwendige und überzeugende Darstellung der Tatsache gewürdigt, wie rigide nach dem Anschluss der ostdeutschen Länder an die BRD mit einem nicht unbedeutenden wissenschaftlichen Institut der DDR und seinen Mitarbeitern verfahren wurde.

### *1.7. Website*

Der Informationsgehalt der von Sylvia Gräfe betreuten Website wurde weiter erhöht. So wurden in den Rubriken „Beiträge zur Geschichte“ und „Geschichte des Ersten Weltkrieges“ zusätzliche Texte präsentiert (Ruth Deutschland, Eckhard Müller, Marga Voigt, Reiner Zilkenat). In der neu eingerichteten Rubrik „Mitteilungen über Bibliotheken und Archive“ sollen künftig jene Beiträge zu Archiven, Bibliotheken und Vereinen Aufnahme finden, die in den MFK nicht untergebracht werden konnten. Auf diese Weise bereichern und ergänzen sich Website und MFK gegenseitig und tragen mit unseren Publikationen und öffentlichen Auftritten dazu bei, der geschichtspolitischen Verantwortung des Förderkreises gerecht zu werden.

### *1.8. Bekanntheitsgrad*

Durch unsere Publikationen, unsere Beiträge in Print- und Internetmedien, die Website, die zahlreichen Kontakte zu anderen Vereinen und Institutionen sowie das öffentliche Auftreten von Vereinsmitgliedern im In- und Ausland hat sich der Bekanntheitsgrad des Förderkreises weiter erhöht. Dies widerspiegeln auch Einladungen zu wissenschaftlichen Konferenzen.

## *2. Zusammenarbeit mit der SAPMO (BArch) und Interessenvertretung der Mitglieder*

Die Zusammenarbeit mit der Stiftung erfolgte vor allem über die Mitarbeit an der gemeinsamen Vortragsreihe. Über die Entwicklung der Stiftung wird in den MFK mit Berichten über Kuratoriumssitzungen, Bestandsneuzugänge und Erschließungsarbeiten kontinuierlich informiert.

## *3. Beziehungen zu anderen Vereinen*

### *3.1. ITH*

Als Vertreter des Förderkreises nahm Jörg Wollenberg im September 2014 an der 50. Tagung der ITH in Linz teil. Sein Konferenzbericht wird im März 2015 in der Nr. 47 der MFK veröffentlicht. Zu ihrem fünfzigjährigen Bestehen übermittelten der ITH namens des Förderkreises Reiner Zilkenat und Günter Benser in ihrer Eigenschaft als Vereinsvorsitzender und -schriffführer eine Grußadresse.

### *3.2. IALHI*

Der Förderkreis gehört weiterhin zu den regelmäßigen Beitragszahlern der I-ALHI. Dank der Unterstützung unseres Kollegen Urs Kälin vom Schweizerischen Sozialarchiv, Zürich, wird die Berichterstattung über die jährlichen I-ALHI-Tagungen (zuletzt im Oktober 2014 in New York) ebenfalls in der Nr. 47 der MFK fortgesetzt.

### *3.3. Weitere Vereine*

Im Berichtsjahr wurde vor allem die Zusammenarbeit mit dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V. und dem Zeitgeschichtlichen Archiv e. V. vertieft. Die stetigen Arbeitskontakte zum Berliner Bildungsverein „Helle Panke“ wurden kontinuierlich fortgeführt. Der Vorstand dankt dessen Mitarbeiterin Martina Hinz für den langjährigen Druck der MFK. Die Beziehungen zum „Förderverein Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ und zur Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder wurden fortgesetzt.

## *4. Vereinsangelegenheiten*

Vorstandberatungen finden regelmäßig einmal pro Quartal statt. In deren Mittelpunkt stand wie in den vorangegangenen Jahren die Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins. Kontinuierlich nahm der Vorstand Berichte der Redaktion der MFK (Birgid Leske und Rainer Holze) entgegen, schätzte den Inhalt der Hefte ein und befasste sich mit deren formellen Gestaltung. Schwerpunkt bildeten ferner der Internetauftritt des Förderkreises, Finanzfragen und Mitgliederbewegung (Elisabeth Ittershagen), der Vertrieb unserer Publikationen (Dagmar Goldbeck), die Auswertung der 50. Tagung der ITH. Zuletzt standen Aktivitäten zur Vorbereitung zweier anspruchsvoller Projekte auf der Tagesordnung: I. eines Supplements zur 2009 gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Publikation „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“ sowie II. einer mit dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V. für den 25. April 2015 geplanten wissenschaftlichen Konferenz zur geistigen Situation nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 8. Mai 1945.

Das Protokoll der 23. Jahresversammlung vom 3. Mai 2014 wurde in der Nr. 46 der MFK, S. 51 ff. publiziert.

Der Vorstand bedankt sich bei allen aktiven Mitgliedern des Förderkreises für ihr Engagement.

# Informationen

## DVD „Der Erste Weltkrieg. Zeitgenössische Presseartikel“

Im September 2014 gab das Berlin-Brandenburger Bildungswerk (BBB) eine DVD mit dem Titel „Der Erste Weltkrieg. Zeitgenössische Presseartikel“ heraus. Einen wesentlichen Anteil an der Entstehung dieser in thematischer Breite und Authentizität beeindruckenden Sammlung hat Reiner Zilkenat. Er nutzte über Monate seine knapp bemessene Freizeit, um die gebundenen Jahrgänge des „Berliner Tageblattes“, der „Vossischen Zeitung“, der „Berliner Illustrierten Zeitung“ sowie vereinzelt Zeitungsausgaben – beispielsweise des „12 Uhr Blatt“ und des „Berliner Lokal Anzeiger“ – im Zeitgeschichtlichen Archiv<sup>1</sup> durchzuarbeiten und eine Auswahl zu treffen. Von ihm stammt auch der Einführungstext. Die kurzen Einleitungen zu den einzelnen Sachgebieten schrieben Harald Wachowitz und er.

Die DVD gliedert sich thematisch wie folgt: Der Beginn des Krieges; Die Kriegsziele; Die Kriegswirtschaft; Die Kriegsfinanzierung; Die Front; Der Moderne Krieg; Die Verwundeten; Die Heimatfront; Die Ernährung; Die sozialen Probleme; Die Frauen; Die Kirche; Die SPD; Anzeigen; Gedichte; Diverses; Das Ende. Den Abschluss bilden der Bilderzyklus des Kasseler Malers Ralf Scherfose „Der Große Krieg“<sup>2</sup> sowie Historische Berliner Kalender der fünf Jahre von 1914 bis 1918.

Die DVD ist als Ergänzung der Vielzahl wissenschaftlicher und populärwissenschaftlicher Publikationen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges gedacht und geht u. a. auf Problemfelder ein, die in diesen Veröffentlichungen kaum Beachtung finden: die Lage der Frauen, Kinder und Jugendlichen in der „Heimat“; die sich zuspitzende Ernährungslage; das Schicksal der Verwundeten und Traumatisierten – um nur einige Themen zu nennen. Anliegen der Herausgeber ist es, „am Beispiel Berlins zu dokumentieren, dass dies der erste Krieg der Geschichte war, der kaum noch einen Unterschied zwischen der Front und der ‚Heimat‘ zuließ. Alle waren in der einen oder anderen Weise von ihm betroffen. Niemand konnte sich entziehen. Der ‚totale Krieg‘ späterer Jahre war zumindest zu erahnen.“<sup>3</sup> Zugleich verweisen die Macher auf die Besonderheit von Zeitungsartikeln als Quelle, die, „in Kriegszeiten weitestgehend der Zensur unterworfen“, „stets kritisch gewürdigt werden“ müssen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Zum Zeitgeschichtlichen Archiv und seinen Beständen siehe MFK, Nr. 45 vom März 2014, S. 7ff.

<sup>2</sup> Der 36-teilige Gemäldezyklus war u. a. im August und September 2014 in Berlin-Friedrichshain, im Foyer des Hauses Franz-Mehring-Platz 1, zu sehen.

<sup>3</sup> Aus dem Geleitwort zur DVD *Der Erste Weltkrieg. Zeitgenössische Presseartikel*.

<sup>4</sup> Ebenda.

Das BBB stellte die DVD interessierten Geschichtslehrern des Berliner Bezirks Marzahn-Hellersdorf vor – mit dem Ergebnis, dass sie gelegentlich im Geschichtsunterricht zum Einsatz kommt.

In Vorbereitung befindet sich bereits ein weiteres DVD-Projekt mit dem Arbeitstitel „Die vergessene Revolution – Streiks, Sturz der Monarchie und Rätebewegung in Berlin (Januar 1918 bis März 1919)“, in dem neben Zeitungsartikeln auch Originalflugblätter und andere zeitgenössische Quellen Berücksichtigung finden sollen.

*Birgid Leske*

## **Zwei Bitten in eigener Sache**

Liebe Vereinsmitglieder,

die Redaktion der MFK ist stets bemüht, ein informatives und thematisch abwechslungsreiches Heft vorzulegen, in dem sich auch die Aktivitäten unserer Mitglieder widerspiegeln. Doch ohne Ihre aktive Unterstützung stoßen wir an Grenzen. Deshalb unsere Bitte: Tragen Sie durch fachliche Beiträge, Informationen über Ihre vielfältigen Aktivitäten oder die Besprechung relevanter Publikationen zur inhaltlichen Bereicherung unseres Mitgliederorgans bei. Die beiden Redakteure und der Herausgeber sind für alle Anregungen offen. (Kontakt-daten im Impressum)

Um Ihnen die Hefte zustellen zu können, benötigen wir Ihre aktuelle Anschrift. Bitte informieren Sie bei einer Adressänderung Frau Dagmar Goldbeck (d.goldbeck@web.de).

*Ihr Vorstand*

***In Dankbarkeit, Hochachtung und Trauer gedenken wir  
unserer verstorbenen langjährigen Vereinsmitglieder  
Lilo Flichtbeil, Wilfriede Otto und Feliks Tych.***

# Vorträge

**18. September 2014**

***Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität***

*Dr. Matthias Judt<sup>1</sup>*

Am 30. Oktober 1989 präsentierte das DDR-Fernsehen einen großen, stämmigen Mann und stellte ihn als Dr. Alexander Schalck-Golodkowski, Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung vor. Weder von der Person, noch von der von ihm geführten Institution, die danach mit ihrer inoffiziellen Kurzbezeichnung „KoKo“ bekannt wurde, hatten die meisten DDR-Bürger zuvor etwas gehört. Nur Außenhändlern und den Leitungen exportintensiver Kombinate waren sie bekannt, obwohl jeder DDR-Bewohner an bestimmten Bürogebäuden in Ost-Berlin sehr wohl die Türschilder „Bereich Kommerzielle Koordinierung“, „Intrac“, „Zentralkommerz“, „Forum“ oder „Transinter“ hatte lesen können. Dass die genannten Firmen zu KoKo gehörten, und was sie genau taten, wussten sie indes nicht.

In der Fernsehsendung wurde Schalck freundlich behandelt. Zwar wurde er auch zur Versorgung der Politbürosiedlung in Wandlitz bei Berlin befragt, stammelte da etwas, aber insgesamt lernten die Zuschauer einen gewieften Verhandler und Macher kennen, kurz: den richtigen Mann für die Krise, in der die DDR im Herbst 1989 steckte.

Knapp fünf Wochen später sah Schalck für sich und seine Frau keinen anderen Ausweg mehr, als in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember 1989 über den Grenzübergang Invalidenstraße in Berlin in den Westteil der Stadt zu fliehen und sich der dortigen Polizei zu stellen. Sein Anwalt Wolfgang Vogel hatte ihn gewarnt, dass seine Verhaftung bevorstehe. Der Volkskammerausschuss zur Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption hatte beschlossen, Schalck vorzuladen. Binnen kurzer Zeit war aus dem Macher ein Sündenbock geworden, vermeintlich verantwortlich allein für fragwürdige und illegale Geschäfte.

In der Tat waren in den Wochen zwischen dem Fernsehauftritt und der Flucht (und weiter auch danach) Berichte in den DDR-Medien erschienen, die das Bild von KoKo in der Öffentlichkeit nachhaltig prägen sollten. In Kavelstorf bei Rostock hatten Bürger ein Waffenlager der KoKo-Firma „IMES“ gefunden:

---

<sup>1</sup> Der Autor ist assoziierter Forscher am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam. Wir gratulieren Matthias Judt zu seiner Auszeichnung mit dem René-Kuczynski-Preis 2014 für sein Buch *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität* (siehe dem Autorreferat beigefügte Publikationsliste).

Der selbst deklarierte „Friedensstaat“ hatte also sein Geld auch mit Waffenhandel verdient. In Mühlenbeck bei Berlin wurde ein vollklimatisiertes Lager einer weiteren KoKo-Firma, der „Kunst & Antiquitäten GmbH“ entdeckt: KoKo verscherbte scheinbar Kulturgüter im großen Stil. Im Ost-Berliner Stadtteil Karlshorst wurden DDR-Journalisten, die gerade aufrecht gehen lernten, in die Geschäftsräume des „Staatliches Handelskontors Letex“ geführt. Das war zuständig für die Versorgung der Politbürosiedlung mit Obst und Gemüse aus West-Berlin und besorgte auch schon mal den einen oder anderen Schmuddelfilm für die in die Jahre gekommenen Herren aus dem Politbüro. Reporter des DDR-Jugendfernsehens „Elf 99“ gelangten in die Politbürosiedlung, filmten im dortigen Sonderladen die sonst in der DDR so raren Bananen ab und zeigten, dass die Mitglieder der obersten SED-Führung auch ansonsten eher westliche Haushaltsgeräte bevorzugten.

In Bezug auf KoKo taten Berichte über die Belieferung des MfS mit westlicher Spionagetechnik und die enge Verbindung Schalcks mit ihm ihr Übriges. KoKo war fortan dämonisiert, skandalumwittert und irgendwie Schuld an der ökonomischen Misere der DDR.

Auf Schalcks Flucht reagierte die Modrow-Regierung panikartig. KoKo-Konten wurden unter die Kontrolle des Finanzministeriums gestellt, IMES und K&A wurde jedwede Geschäftstätigkeit untersagt, weitere KoKo-Firmen wurden umstrukturiert und der Bereich in die Abwicklung geschickt. Am 30. März 1990 hörte der KoKo auf zu existieren.

Das knappe Vierteljahrhundert früher war KoKo indes unter ganz anderen Vorzeichen und mit wichtigen Zielen gegründet worden, deren Umsetzung in den Jahren bis 1989 es begründen, KoKo und seine Tätigkeit entschieden differenzierter zu bewerten. Die Schätzungen über die von den KoKo-Unternehmen erwirtschafteten Gewinne lassen erkennen, dass sie unmöglich allein durch die Belieferung von Wandlitz mit Bananen stammen konnten. Schalck selbst erklärte in seinen 2000 erschienenen Memoiren, KoKo habe 25 Milliarden DM Gewinn erwirtschaftet. Zwei Volkswirte des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs errechneten 1994 in ihrem Gutachten für den ersten KoKo-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages einen Betrag über 27 Milliarden DM. In meiner 2013 erschienenen Studie zum Bereich Kommerzielle Koordinierung summierte ich die nicht ganz vollständigen Angaben auf gut 28 Milliarden DM.

KoKo war jederzeit bereit, mit fragwürdigen oder gar illegalen Methoden Devisen zu erwirtschaften: Aus Fernost bezogene Textilien wurden umetikettiert und als vermeintliche DDR-Ware im innerdeutschen Handel abgesetzt. Zigaretten wurden geschmuggelt und embargobewehrte Ware für die DDR besorgt. Kriegsgerät wurde in Krisengebiete geliefert, und KoKo brachte es sogar fertig, im Krieg zwischen Iran und Irak in den 1980er Jahren beide Seiten zu beliefern. Doch schon das mit Abstand bedeutendste und umfangreichste fragwürdige

Geschäft der KoKo, die Übernahme der im Gegenzug für die Freilassung politischer Häftlinge aus DDR-Gefängnissen gelieferten Rohstoffe durch die KoKo-Firma Intrac spielten im öffentlichen Bewusstsein in Bezug auf das Schalck-Wirtschaftsimperium eher eine untergeordnete Rolle. Dabei nahm die DDR zwischen 1962 und 1990 in diesem staatlichen Menschenhandel über 3,4 Milliarden DM ein, mit fast 100 Prozent Gewinn, denn sie verkaufte Menschen, die das Land sowieso verlassen wollten, und erhielt kostenlos Erdöl, Kupfer, Industriediamanten, Silber und Quecksilber.

Derlei Geschäfte stehen allerdings nur für etwa 15 Prozent der Gewinne, die KoKo erwirtschaftete. Jenseits des Häftlingsfreikaufgeschäftes brachten IMES, K&A und andere KoKo-Firmen mit fragwürdigen Geschäften weit weniger ein als es den Anschein macht. KoKo verdiente sein Geld jedoch vor allem mit völlig legalen und international üblichen Geschäften, bei denen eher zu fragen ist, warum sie nicht beim geplanten Außenhandel angesiedelt blieben, der in vielen Fällen mit den gleichen Gütern und auf denselben Märkten handelte wie die Firmen der KoKo.

In meiner Studie habe ich eine ganze Reihe solcher Geschäfte in ihrer Bedeutung für die DDR analysiert: Seit 1970 belieferte die Intrac gemeinsam mit dem Außenhandelsbetrieb „Chemie“ West-Berlin mit Benzin, Diesel und Heizöl. Zuvor hatte das der AHB Chemie allein bewerkstelligt. 1970 stammte jeder zweite in der ummauerten Stadthälfte getankte Liter Benzin (oder Diesel oder Heizöl) aus der DDR. Ende der 1980er Jahre betrug der Marktanteil der DDR in West-Berlin bei diesen Produkten 60 bzw. 70 Prozent. Die DDR lieferte Fleischerzeugnisse und Zement für die West-Berliner Bauwirtschaft. Intrac nahm Hausmüll und Bauschutt von dort (seit Ende der 1970er Jahre auch aus Hamburg und anderen Bundesländern) ab. Die DDR und West-Berlin brauchten einander: In West-Berlin wäre ohne die DDR kein privates Auto gefahren, aber ohne West-Berlin hätte die DDR ihre chronischen Defizite im innerdeutschen Handel mit dem früheren Bundesgebiet nicht weitgehend ausgleichen können.

Mittendrin sollte die Forum Handelsgesellschaft und die von ihr belieferten Intershop-Läden ebenfalls eine zentrale Rolle spielen. Zwischen 1971 und 1989 setzte Forum 14,3 Milliarden DM um und strich dabei zwischen 8,5 und 9 Milliarden DM an Gewinnen ein. In den 1970er Jahren betrug die Umsatzrendite etwa 55 bis 56 Prozent, in den 1980er Jahren bis zu 70 Prozent. Über die Intershops und Forum machte KoKo Geschäfte mit der Spaltung und schöpfte Devisen ab, die Westdeutsche ihren Familienangehörigen und Freunden in der DDR geschenkt hatten.

Im Falle West-Berlins kam noch ein weiteres wichtiges Detail zum Tragen: Der in Ost-Berlin gelegene Bahnhof Friedrichstraße wurde nicht nur zum wichtigsten Grenzübergang bei Reisen in die DDR. Fast alle seiner Bahnsteige lagen in seinem „westlichen“ Teil, für DDR-Bürger nur erreichbar, wenn sie in den

Westen reisen durften. Hierhin kamen aber auch viele West-Berliner ohne Einreisewunsch in die DDR und kauften in den Intershop-Kiosken Tabakwaren, alkoholische Getränke, Textilien und anderes ein und fuhren anschließend zurück in den „richtigen Westen“. In den Kiosken des Bahnhofs Friedrichstraße wurden zwischen 10 und 15 Prozent des Gesamtumsatzes aller Intershopläden in der DDR realisiert. Der Bahnhof war damit für die DDR eine Goldgrube, die er nicht in diesem Maße hätte sein können, wäre West-Berlin ein Vorort von Helmstedt im Bundesgebiet gewesen.

Der KoKo-Firma Forum und den Intershops kam noch eine weitere Funktion zu. Der innerdeutsche Handel wurde seit Ende der 1940er Jahre im Clearing-Verfahren abgerechnet. Die sogenannten Verrechnungseinheiten (VE) fungierten hier als reines Buchgeld auf Konten, deren Salden nur einmal im Jahr in DM auszugleichen waren. Wollte die DDR indes im Laufe des Jahres VE-Guthaben zu Geld machen, musste sie dazu ein Switch-Geschäft durchführen. Sie kaufte dazu Waren in der Bundesrepublik ein, verbrauchte also VE, und setzte diese dann über das Intershop-Netz ab, nahm also dort vor allem DM, aber auch andere konvertierbare Devisen ein. Mithin waren die Intershops auch finanztechnisch ein wichtiges Instrument, die Liquidität der DDR in westlichen Währungen zu erhalten.

Die Versorgung West-Berlins, der Betrieb der Intershops, aber auch die Beteiligung von KoKo an wichtigen Investitionsprojekten in der DDR, bei denen Anlagenimporte aus dem Westen mit vorab vereinbarten Gegenlieferungen bezahlt wurden (unter anderem zum Ausbau der sogenannten Gestattungsproduktion von Konsumgütern oder Nahrungs- und Genussmitteln) zeigen, dass das Gros der KoKo-Geschäfte völlig legal und mit international üblichen Handelsmethoden abgewickelt wurde. Mithin waren Schalck und seine über 3.000 Mitarbeiter mehr Macher und gewiefte Verhandler als die Sachwalter für ebenfalls durchgeführte skandalträchtige Geschäfte, die im Herbst 1989 so nachhaltig das Image der KoKo beeinträchtigen sollten.

*Autorreferat*

### ***Wichtige Publikationen des Autors:***

- Burghard Ciesla / Matthias Judt (Hrsg.): Technology Transfer out of Germany after 1945 (=Studies in the History of Science, Technology and Medicine, Vol. 2), Amsterdam 1996; als E-Book neu erschienen im Mai 2013.
- Matthias Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse (Reihe „Forschungen zur DDR-Gesellschaft“), Ch. Links Verlag, Berlin 1997 und Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, Nachauflagen 2006 und 2009, E-Book 2013.

- Susan Strasser / Charles McGovern / Matthias Judt: Getting and Spending. European and American Consumer Societies in the Twentieth Century, GERMAN HISTORICAL INSTITUTE, Cambridge – New York – Melbourne 1998.
- Matthias Judt: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität, Ch. Links Verlag, Berlin 2013 (auch als E-Book).
- Wolf-Rüdiger Baumann / Wieland Eschenhagen / Matthias Judt: Die Fischer Chronik Deutschland: Ereignisse, Personen, Daten, Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/Main 1999, 2001, 2009, 2014, (M. J.: jeweils die Zeit seit 1945 betreffend).

**11. Dezember 2014**

**Mythos „Einheit“ – Anmerkungen zur Erinnerungspolitik des FDGB**

PD Dr. Detlev Brunner<sup>1</sup>

Der Mythos „Einheit“ nimmt in der Erinnerungspolitik des FDGB durchgängig einen zentralen Platz ein. Kreiert aus der mangels Einheit verschuldeten Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 und dem „Vermächtnis“ des antifaschistischen Widerstandskampfes, wird er symbolhaft überhöht – „Einheit“ hätte Faschismus und Krieg verhindert, „Einheit“ kann erneute Bedrohungen abwenden. Der Mythos „Einheit“ wird nicht nur zum Gründungsmythos des FDGB, sondern erhält in der Folgezeit Funktionen der Legitimation, Identitätsstiftung sowie als propagandistische Folie in der aktuellen politischen Auseinandersetzung mit dem „Gegner“ (Imperialismus, „Monopolherren“, „rechte Kräfte“ in SPD und Gewerkschaften der Bundesrepublik) zugewiesen. Dabei durchläuft die Erinnerungspolitik des FDGB Wandlungen, die durch politische Prozesse insbesondere im deutsch-deutschen Verhältnis wie auch durch historisch-wissenschaftliche Diskurse in der DDR geprägt sind.

Es lassen sich folgende Phasen der Erinnerungspolitik („Geschichtspropaganda“) unterscheiden. Eine frühe Phase der Gründung und Formierung (1945/46) ist von einer gewissen Offenheit geprägt. „Einheit“ ist zwar zentraler Wertmaßstab, wird aber erst allmählich mit einseitigen Schuldzuweisungen verbunden. In einer anschließenden Phase ab 1948/49 tritt die Erinnerung an 1933 hinter die Erfolgsperspektive der jungen Planwirtschaft sowie einer nationalen Einheitspropaganda zurück. Erneute Konjunktur, nun in grob agitatorischer Ausprägung, erhält die Erinnerung an 1933 anlässlich des 17. Juni 1953. Diese hält bis in die frühen 1960er Jahre an, Legitimation und Schuldzuweisung an von „außen“ wirkende Kräfte sind wesentliche Motive. In den 1970er Jahren tritt die Erinnerungspolitik im Zusammenhang mit 1933 merklich in den Hintergrund.

---

<sup>1</sup> Der Autor hat die Lehrstuhlvertretung für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig inne.

Entspannungspolitische Folgen mögen hier ebenso gewirkt haben wie in den 1980er Jahren, in denen zwar agitatorische Kontinuitäten aufrechterhalten bleiben, der Ton jedoch moderater wird. Ab Mitte der 1980er Jahre lassen sich deutliche Veränderungen konstatieren, Formen der Geschichtsvermittlung wandeln sich, die „Erbe und Tradition“-Debatte in der DDR-Geschichtswissenschaft wirkt sich in einer thematischen Öffnung aus, auch die Bereitschaft zur Pflege bislang abgelehnter Traditionsstränge wächst. Der Mythos „Einheit“ stand bei alledem nicht zur Disposition, wenngleich er als Instrument in der Systemauseinandersetzung verblasste.

*Autorreferat*

Beide Vorträge sind im PDF-Format auf der Homepage des Bundesarchivs ([www.bundesarchiv.de/fachinformationen/01399/index.html.de](http://www.bundesarchiv.de/fachinformationen/01399/index.html.de)) abrufbar.

## Gemeinsame Vortragsreihe 2015

der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv,  
des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und  
der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft

Veranstaltungsort: Bundesarchiv, 12205 Berlin, Finckensteinallee 63,  
Casino

Beginn jeweils 18:00 Uhr

- |               |   |
|---------------|---|
| 19. März      | <i>Dr. Ursula Schröter</i><br>Wie DDR-Kinder erzogen werden sollten:<br>Die Pädagogischen Kongresse der SBZ/DDR<br>1946-1989 im Rückblick                             |
| 18. Juni      | <i>Dr. Ralf Hoffrogge</i><br>Werner Scholem – ein jüdischer Revolutionär in<br>Deutschland (1895-1940)  |
| 17. September | <i>Dr. Helmut Müller-Enbergs, Christian Booß</i><br>Nomenklaturkader und andere Partner des MfS.<br>Personen im Grenzbereich von Staatspartei und<br>Staatssicherheit |
| 10. Dezember  | <i>Dr. Sebastian Voigt</i><br>Krisenreaktionen. Die Politik des DGB, der HBV und<br>der IG CPK und die Herausforderungen der 1970er<br>Jahre                          |

# Buchbesprechungen & Literaturhinweise

**Ralf Hoffrogge: Werner Scholem.** Eine politische Biographie (1895-1940), UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz - München 2014, 496 S.  
ISBN 978-3-86764-505-8.

Mit der obigen, auf zahlreicher, meist unveröffentlichten historischen Quellen basierenden Publikation<sup>1</sup> legt unser Förderkreismitglied die erste vollständige politische Biografie über Werner Scholem vor. Es ist „die Geschichte eines Mannes, der um eine Utopie kämpfte und an den Widerständen seiner Zeit zugrunde ging“, wie es treffend auf dem Buchumschlag heißt.

Ralf Hoffrogge ist es mit seiner wissenschaftlichen Untersuchung gelungen, der historischen Persönlichkeit seines Protagonisten gerecht zu werden. Er arbeitet differenziert heraus, wie sich in W. Scholems Lebensgeschichte die deutsch-jüdische Geschichte der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts widerspiegelt. Für ihn und andere jüdische Intellektuelle war das konsequente Engagement auf dem linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung, von der sie sich im Marx'schen Sinne eine umfassende Emanzipation erhofften, ein Ausweg aus der gesellschaftlichen Diskriminierung. Am Beispiel des Wirkens Werner Scholems im „ultralinken“ Flügel der KPD in der 1920er Jahren beleuchtet der Autor in diesem Kontext detailliert den Zusammenhang von Diskriminierungserfahrung und Linksradikalismus. Gleichzeitig

setzt er sich mit dem Phänomen des Stalinismus in der KPD auseinander. Ausführlich schildert der Biograf, wie Werner Scholem nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland permanent in Gefängnissen und Konzentrationslagern verfolgt und schließlich im Jahre 1940 im KZ Buchenwald ermordet wurde.

Rainer Holze

**Hans Coppi /Sabine Kebir: Ilse Stöbe – Wieder im Amt.** Eine Widerstandskämpferin in der Wilhelmstraße, Hamburg 2013. 215 S.

ISBN 978-3-89965-569-8.

**Elke Scherstjanoi: Ilse Stöbe – Verräterin oder Patriotin. Ein Gutachten.** In: „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“. H. 1 / 2014 S. 139-156.

Das Buch von Hans Coppi und Sabine Kebir entstand im Bestreben, die Lücken im Wissen um Ilse Stöbe zu schließen und deren Widerstandstätigkeit fundiert zu belegen. Es erschien etwa zur gleichen Zeit wie das Gutachten des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, in dem die Verfasserin Elke Scherstjanoi das Anliegen verfolgt, Anhaltspunkte für die wirklichen Handlungen und tatsächlichen Motive Ilse Stöbes zu liefern.

Die als Sekretärin, Journalistin und kurzzeitig als Angestellte im Auswärtigen Amt tätige Ilse Stöbe hat vor allem in der zweiten Hälfte der 30er und Anfang der 40er Jahre wesentliche Informationen zur Kriegspolitik des NS-Staates dem militärischen Nachrichtendienst der Roten Armee zur Kenntnis gebracht (wie auch andere

<sup>1</sup> Es handelt sich um die 2013 an der Universität Potsdam erfolgreich verteidigte Promotion Ralf

Hoffrogges. Der Autor hatte sein Promotionsprojekt bereits in den MFK, Nr. 41 / März 2012, S. 42ff. vorgestellt.

Regimegegner in annähernd vergleichbaren Positionen, z. B. Fritz Kolbe, ihre Kenntnisse und Erkenntnisse dem us-amerikanischen Nachrichtendienst unter J. F. Dulles übermittelt haben).

Die Verfasser von Buch und Gutachten verwirklichen hier wie dort ihre Absichten in Kenntnis und bei differenzierter Wertung der wenigen vorliegenden Darstellungen zum Thema und an Hand größtenteils bekannter und nur partiell erweiterter historisch gesicherter Quellen, auf die sie in bibliografischen Übersichten bzw. im detaillierten wissenschaftlichen Apparat ihrer unabhängig voneinander entstandenen Arbeiten verweisen.

Da die Autoren sowohl im Buch als auch im Gutachten ihre Absichten in Kenntnis und bei differenzierter Wertung der wenigen vorliegenden Darstellungen zum Thema und an Hand größtenteils bekannter und nur partiell erweiterter historisch gesicherter Quellen entwickeln, auf die sie in bibliografischen Übersichten bzw. im detaillierten wissenschaftlichen Apparat ihrer Arbeiten verweisen, kommen die einen wie die anderen zu der Schlussfolgerung, dass Ilse Stöbe mit den schwammigen Etiketten einer „Grenzgängerin im Widerstand“ (bei Bussemer/-Gehrke in der Einführung zum Buch von Coppi/Kebir) und die Frau „im Widerstand durch Verrat“ (bei Elke Scherstjanoi) die Voraussetzungen für eine öffentliche Würdigung, gemeint sind u. a. die Namensnennung Ilse Stöbes an der Gedenktafel im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland, gegeben seien.

Das ist ein Schritt auf die Anerkennung des Widerstandes in der öffentlichen Darstellung hin. War doch das Auswärtige Amt keineswegs ein Hort des Widerstandes

und noch nicht einmal ein Refugium konservativer Ministerialbürokraten. Es bevorzugte mit der Wiedergründung seit Anfang der 1950er Jahre „altgediente“ Mitarbeiter, wenn sie sich nur nicht der Anklage im Wilhelmstraßenprozess, zur Verfügung gestellt hatten.

Im Laufe von Jahrzehnten sind zwar mehr oder weniger wichtige Detailkenntnisse über Ilse Stöbes Wirken und weniger zu dessen Motiven sowohl in Ost wie West dazugekommen, aber nach wie vor sind große Lücken in ihrer Biografie und vor allem überlieferte Deutungsmuster zum Thema Widerstand gegen das NS-Regime in der Staatspolitik geblieben. Im historischen Rückblick erweist es sich, dass letztendlich allein die Kooperation mit den Gegnern des NS-Regimes der Weg war, um dieses zu überwinden.

Daraus erklären sich bei allen Unterschieden in den Nuancen die Grundmuster in den biografischen Skizzen über Ilse Stöbe, über den Umgang mit Ilse Stöbe in D-Ost und D-West, die Rezeption Ilse Stöbes in der Dynamik des kalten Krieges und die bisher festgestellten Spuren Ilse Stöbes in der zeitgenössischen Geschichte. Vornehmlich Sabine Kebir ist dafür zu danken, dass sie neue Quellen zu Ilse Stöbes journalistischen Arbeiten erschlossen hat, die sich, entstanden in den 30er Jahren, nach einem halben Jahrhundert unerwartet aktuell lesen.

Da die Texte des Buches wie des Gutachtens auf der Grundlage einer einseitigen und für alle Forschungen gleich schwierigen Quellenlage entstanden, widerspiegeln sie diese Grundschwierigkeit. Auf Überresten und Überlieferungen von Täter-Aussagen und Täter-Akten basierende Wertungen werden dem tatsächlich geleisteten Widerstand „im Bunde mit dem

Feind“ nicht gerecht. Sie erheben sich weder bei den ermittelten Tatsachen noch in deren Wertungen über den deutschzentrierten und dadurch beschränkten Gesichtskreis. Andere europäische Nachbarstaaten, beispielsweise Frankreich, beurteilen ihren Widerstand, indem sie sich über die eingegrenzte nationalstaatliche Sichtweise erheben. Nach „deutschem Muster“ wäre de Gaulle bestenfalls ein „Grenzgänger im Widerstand“ oder hätte „Widerstand durch Verrat“ geleistet. Hat er doch nicht nur gegen die „offizielle“ Politik eines Marschalls Petain opponiert, sondern sich konsequent in die Anti-Hitlerfront eingereiht, den Nazi-Kollaborateuren den Kampf angesagt und diesen zu einem siegreichen Ende geführt, nicht zuletzt gemeinsam mit Stalins Rotarmisten, in einem Geschwader „Normandie-Njemen“, das an der Ostfront gegen die Wehrmacht kämpfte.

Würde die im offiziellen Deutschland, einschließlich staatsfrommer Beschwörungsformeln („Die Deutsche, die für Stalin spionierte“), bevorzugte Sicht von einer europäischen Sicht abgelöst, dann wären „Deutsche im Bunde mit dem Feind“ als Teilnehmer am Kampf gegen die Herrschaft des Hakenkreuzes über Europa ebenso geachtet, wie der Widerstand der Interbrigaden in Spanien im Kampf gegen die „Legion Condor“.

Solange die militärischen wie die politischen Geheimdienstarchive Russlands aber auch der USA u.a. Staaten nicht vollständig erschlossen sind, was vorläufig nicht zu erwarten ist, wird es beim bisherigen Kenntnisstand und bisherigen Deutungsmustern Ilse Stöbes bleiben.

Der hinter den Mauern des AA versteckte Stolperstein in Gestalt einer In-

schrift, die Unvereinbares, (Tote im Widerstand bis 1945 und Tote in „Ausübung des Dienstes“ nach 1945) zusammenschreibt, mag Anstoß für weitere Forschungen sein, die dem Leben und Wirken Ilse Stöbes gerecht zu werden versuchen. Einen „Großen Zapfenstreich“ dürfte sie am wenigsten erwartet haben.

*Gerd Kaiser*

**Alexander Amberger: BAHRO-HARICH-HAVEMANN.** Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR, Verlag Ferdinand Schönigh GmbH & Co. KG, Paderborn 2014, 329 S. ISBN 978-3-506 77982.

Bei diesem Buch handelt es sich um die Dissertation unseres Vereinsmitglieds, verteidigt an der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In ihr analysiert und vergleicht A. Amberger die in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verfassten utopischen Texte der drei bekannten DDR-Oppositionellen Rudolf Bahro, Wolfgang Harich und Robert Havemann. Gestützt auf umfangreiche gedruckte und ungedruckte Quellen, darunter Archivmaterialien und Stasi-Dokumente, weist er nach, dass diese Protagonisten sich sowohl mit den inneren und äußeren Widersprüchen des Realsozialismus auseinandersetzten, als auch mit dem Widerspruch zwischen kapitalistischer, wachstumsgeleiteter Industriegesellschaft und den möglichen Grenzen des Wachstums. Der Autor betont, dass ihre damaligen Argumentationsmuster bezüglich der Wachstumskritik und der Entwicklung von Wachstumsmodellen hochaktuell sind. Ohne Zweifel hat Amberger mit seiner Untersuchung nicht nur die Utopieforschung bereichert, sondern auch ei-

nen gewichtigen Beitrag geleistet, um besser verstehen zu können, unter welchen restriktiven Bedingungen sich oppositionelles Denken in der DDR herausbildete und äußern musste.

*Rainer Holze*

**Helge Döhring: Syndikalismus in Deutschland 1914-1918.** „Im Herzen der Bestie“. Verlag Edition AV, Lich/-Hessen 2013, 230 S.

ISBN 978-3-86841-083-9.

**Helge Döhring: Anarcho-Syndikalismus in Deutschland 1933-1945,** Schmetterling Verlag, Stuttgart 2013, 191 S. ISBN 3-89657-062-5.

Gemessen am Pensum der Veröffentlichungen ist Helge Döhring, Mitbegründer des Bremer „Instituts für Syndikalismusforschung“, der derzeit produktivste Forscher über die (anarcho)-syndikalistische Bewegung in Deutschland. In zwei neuen Publikationen – fast zeitgleich erschienen – widmet er sich deren Rolle während des Ersten Weltkrieges und im Widerstand gegen die Nationalsozialisten.

Ausgangspunkt von Syndikalismus in Deutschland 1914-1918 ist die These, dass es schon vor dem Ersten Weltkrieg „sehr wohl warnende und engagierte Stimmen gab“ (S.17), die nicht nur auf die Gefahren eines Krieges hinwiesen, sondern vor allem auch auf die sich dann tatsächlich im „Burgfrieden“ zeigende Mentalität der (deutschen) Sozialdemokratie und den eng mit dieser verzahnten Zentralgewerkschaften. Diese Stimmen – organisiert in der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG), aus der sich dann nach dem Ersten Weltkrieg die anarcho-syndikalistische FAUD entwickelte – hätten seit Ende des 19.Jhr. eine radikale Alternative

zur etablierten Gewerkschafts- und Parteipolitik dargestellt.

Döhring geht es so zuerst darum, dem Vergessen dieser Alternative entgegenzuwirken, da auch in der Forschung diese „ausgeblendet“ werde, obwohl die „Lokallisten“, wie sie auch genannt wurden, in den „zeitgenössischen Debatten der Sozialdemokratie eine große Rolle“ gespielt hätten (S.18).

Noch einem anderen Vergessen stellt sich Döhring entgegen – und damit kommen wir zum eigentlichen Thema des Buches, dass nämlich „die lokalorganisierten Gewerkschaftler der Arbeiterbewegung aus ihrem Selbstverständnis und aus ihrer Praxis heraus die erste und zunächst einzige proletarische Bewegung, fest organisierter Kriegsgegner auf Reichsebene“ gewesen wären, „die als Teil der Arbeiterbewegung seit Kriegsbeginn entsprechend vom Herrschaftsapparat bekämpft wurden.“ (S.19f.) So zeige sich: „Als Liebknecht 1916 verhaftet wurde, saßen dort bereits Dutzende syndikalistische Funktionäre!“ (S.20)

Auf rund 100 Seiten skizziert Döhring anschaulich die Geschichte dieser „anderen“ Gewerkschaftsbewegung, ihr Selbstverständnis, ihr Wirken und die Debatten und Auseinandersetzungen rund um ihre Organisation. Abschließend, und dies ist – wie auch schon in Döhrings Buch zur Streikdebatte (Helge Döhring: Generalstreik. Edition AV, 2009) – als besonders gelungen hervorzuheben, finden sich (gut 50 Seiten) von Döhring zusammengetragene Quellen aus den Reihen der deutschen Anarcho-syndikalisten, vornehmlich der FAUD-Zeitschrift „Der Syndikalist“, welche sich mit dem Ersten Weltkrieg und auch der Rolle der sozialdemokratischen

Bewegung bzw. Gewerkschaften in diesem beschäftigen. Dass dabei u. a. auch Stimmen zu Wort kommen, die auf das Versagen der französischen Syndikalisten zu sprechen kommen, gibt nötige Hinweise darauf, dass auch im revolutionär syndikalistischen „Lager“ nicht alles heiter Sonnenschein war und zeigt, dass Döhring hier kein unkritisches Propagandabändchen vorgelegt hat.

Wenngleich auch während des Ersten Weltkrieges der Anarchosyndikalismus keineswegs auch nur annähernd als eine Massenbewegung verstanden werden kann, und führende Köpfe über dem Untertanengeist der deutschen Arbeiter verzweifeln, wuchs der revolutionäre Syndikalismus im Gefolge von Weltkrieg und Novemberrevolution zumindest zeitweise sprunghaft an. Dieser Höhenflug zu Anfang der 1920er Jahre war aber schon wieder vorbei, als sich die Entwicklung hin zur Durchsetzung des Nationalsozialismus neigte. „Als die Nazibewegung zu Beginn der 1930er Jahren ihren steilen Aufschwung nahm, stand die syndikalistische Bewegung“, so Döhring, „dieser bereits machtlos gegenüber, während es ihr während des Kapp-Putsches im Jahre 1920 zusammen mit anderen revolutionären Organisationen noch gelang, das Ruhrgebiet als Industriezentrum von den reaktionären Truppen zu befreien.“ (S.22) Die FAUD sei schon zuvor „von wenigen lokalen Ausnahmen abgesehen, von einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung auf eine Vernetzung ideengemeinschaftlicher Gruppen“ zusammengeschrumpft (S.156). Dieser Niedergang zeigt sich in Anarcho-Syndikalismus in Deutschland 1933-1945 auf beklemmende Weise, da sich Döhring recht intensiv mit einer gerade mal einer guten Handvoll Personen beschäftigt, oder

vielmehr, beschäftigen kann. Umso größer der Respekt, der diesen Wenigen entgegen gebracht werden sollte. Döhring meint sogar: „Der Anarcho-Syndikalismus als Widerstandsform in Deutschland hat trotz seiner Marginalität einige Vorzüge zu bieten gehabt (...). Eine Besonderheit lag darin, dass die überregional angelegten Strukturen relativ lange erhalten blieben bzw. vor dem Zugriff der Gestapo geschützt werden konnten. Die anarcho-syndikalistische Fluchthilfeorganisation blieb bis 1937 intakt!“ (S.8) Wie dies möglich war, wird wie folgt erklärt: „Im Allgemeinen lässt sich (...) sagen, dass sich die Anarcho-Syndikalisten frühzeitig und gut vorbereitet auf die Illegalität umstellten, wenngleich sie in einzelnen Fällen die Dimension und die Dynamik des Nazifaschismus leicht unterschätzten. Dass die Regierung Hitler innerhalb weniger Monate oder Jahre ‚abgewirtschaftet‘ haben würde, wie es sozialdemokratische oder kommunistische Führungen prognostizierten, nahmen hingegen nur wenige Anarcho-Syndikalisten an.“ (S.27) Gerade die Marginalität der FAUD habe sich so auch vorteilhaft ausgewirkt: „Die anarchosyndikalistischen Gruppen zeichneten sich dadurch aus, dass sie gegenüber verdeckten Ermittlern der Polizei sehr resistent waren. Das lag daran, dass die Mitglieder sich aus den gewachsenen und gefestigten Strukturen der Zeit vor 1933 zusammensetzten. Die FAUD hatte bis zum Ende ihrer illegalen Tätigkeiten einen eigenen Organisationsapparat. Bündnisse mit kommunistischen und anderen sozialistischen Gruppen ging sie nur in wohlüberlegter und distanzierter Form ein. So blieben die Anarcho-Syndikalisten weitgehend unter sich. Nach 1933 reorganisierten sie sich lediglich auf eigener Basis, weitgehend ohne weitere Mitstreiter für

den Widerstand zu werben und einzubinden. Ein weiterer Grund lag darin, dass die anarcho-syndikalistischen Ortsvereine schon vor 1933 vergleichsweise wenig mit Polizeispitzeln durchsetzt gewesen waren, im Gegensatz beispielsweise zu den Verbänden der KPD. Die Tatsache, dass die FAUD gewerkschaftlich und politisch wenig bedeutend gewesen ist, spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle, wie der Verfolgungswille der Polizei und der Strafgerichte nach 1933 beweisen.“ (S.77)

Beide Bücher sind sehr hilfreich, um einen Einblick in die betreffenden Themenfelder zu bekommen. Sie vermitteln anschaulich Aspekte der Historie jener Bewegung, der sich Döhring mit großer Sympathie nähert und die im geschichtlichen Bewusstsein stark zu machen, er sich offenkundig – und wie ich meine zu Recht – vorgenommen hat. Auch steckt erkennbar viel Arbeit und Mühe in den Büchern, und man kann sich nur darüber freuen, hier einen Autor vor sich zu haben, der eine gewisse Freude an enzyklopädischer Auflistung zu haben scheint. Nicht immer eine einfache Lektüre, hat ein solches Vorgehen dafür den Vorteil, dass eine große Menge an Informationen zu Personen und Organisationen übersichtlich und griffig zugänglich gemacht werden. Inwieweit die an anderer Stelle gemachten Einwände gegen manche Aspekte von Döhrings Ausführungen (siehe Hartmut Rübner in „Graswurzelrevolution“ Nr.381, Sept. 2013) stichhaltig sind, bin ich aus dem Stand heraus nicht in der Lage zu beurteilen. Zu diskutieren gibt es jedenfalls immer, und es wäre schön, wenn sich nun auch eine breitere anarchistische Forschung in Deutschland herausbilden würde, um fundierte und damit auch zwangsläufig kontroverse Diskussionen

führen zu können. Hierzu trägt Döhring und mit ihm das „Institut für Syndikalismusforschung“ bei. Sollten solche Diskussionen dann auch noch auf der Grundlage gegenseitigen Respekts möglich sein, könnte der Anarchismus, zumindest im Bereich der historischen Forschungsgemeinde – aber hoffentlich nicht nur in dieser –, wieder an Aufmerksamkeit gewinnen.

*Philippe Kellermann*

**Wigbert Benz: Hans-Joachim Rieke, NS- Staatssekretär.** Vom Hungerplaner vor, zum „Welternährer“ nach 1945, Wissenschaftlicher Verlag, Berlin 2014, 127 S. ISBN 978-3-86573-793-9.

Bereits seit längerem gewinnt die „Täterforschung“ zur Geschichte des „3. Reichs“ an Bedeutung. Ins Blickfeld rücken dabei Täter-Biografien aus der „zweiten“ und „dritten Reihe“ der NS-Funktionselementen, ohne deren aktive Beteiligung die verbrecherische Kriegspolitik weder vorbereitet noch durchgeführt werden konnte. Hierzu gehört die kleine gehaltvolle Studie von W. Benz über Hans-Joachim Rieke. In bürgerlichen Verhältnissen in Dresden aufgewachsen, avancierte er im 1. Weltkrieg – noch nicht achtzehnjährig – zum Leutnant, nahm als Freikorps-Kämpfer an den grausam geführten Feldzügen gegen „die Roten“ im Baltikum teil, studierte schließlich Agrarwissenschaften und fand eine Anstellung bei der Landwirtschaftskammer Westfalen. Seit 1925 NSDAP-Mitglied, machte er nach 1933 Karriere im Staatsapparat, wurde Ministerialdirektor bzw. Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium.

Riekes Stunde schlug mit dem Überfall auf die Sowjetunion. Der Autor schildert detailliert den erheblichen Anteil dieses

„Ernährungswissenschaftlers“ an Entstehung und Realisierung der grausamen „Hungerpläne“, mit denen die Bevölkerung der okkupierten Gebiete dezimiert werden sollte. Den Tod von Millionen Sowjetbürgern bewusst einkalkulierend, sollten die vorhandenen Lebensmittel vordringlich der Wehrmacht und der „Heimatfront“ zur Verfügung stehen. Rieke und seinen Mitarbeitern gelang es, „innerhalb von knapp drei Jahren ca. 7 Mio. Tonnen Getreide, eine dreiviertel Mio. Tonnen Ölsaaten, ca. 800.000 Tonnen Fleisch und 150.000 Tonnen Fette“ (S.54) aus der UdSSR zu rauben. Zugleich war Rieke der Autor des „Judenerrlasses“ vom 18. September 1942, demzufolge an die jüdische Bevölkerung in Deutschland „keine Fleisch-, Eier- und Milchkarten auszugeben“ (S.57) waren. Nach 1945 stilisierte sich Rieke, wie viele andere Verbrecher seines Kalibers, zum „Widerständler“. Er sei 1944 als Gruppenführer von der SA zur SS übergetreten, „um das Schlimmste verhindern zu wollen“ (S.65). Nach dem Kriege zunächst von den Alliierten interniert und angeklagt, entschied 1954 der hessische Ministerpräsident Zinn auf dem „Gnadenwege“, dass er nur noch als „Mitläufer“ deklariert werden dürfe. In Unternehmungen und Stiftungen hatte Rieke bis zu den 1970er Jahren leitende Positionen inne, publizierte als „Fachmann“ zu Fragen der Ernährung angesichts des weltweiten Bevölkerungswachstums und erhielt im Alter seine Staatssekretärs-Pension. Man kann diese lesenswerte Studie nicht ohne Beklemmungen, ja Zorn aus der Hand legen.

*Reiner Zilkenat*

**JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung**, 2015/I (Jan.), 205 S. ISSN 1610-093x.

Das gerade erschienene JahrBuch enthält wieder interessante Studien und Beiträge. Der Eröffnungsbeitrag von Alexandre Froidevaux befasst sich mit den widerstreitenden Erinnerungen der verschiedenen Strömungen der spanischen Arbeiterbewegung zum Bürgerkrieg 1936 bis 1939. Die Erwerbslosenproteste in Berlin und New York in den frühen 1930er Jahren analysiert Philipp Reick. Er informiert außerdem über die amerikanische Archivalandschaft zur Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte. Jan Ebert widmet sich Aspekten proletarischer Feldpost im Ersten Weltkrieg, und Heinz Niemann beleuchtet die Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld in der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1914 und 1924. Michael Brie erörtert das ungelöste Jahrhundertproblem: die Demokratisierung der Wirtschaft. Biografische Skizzen zu Chaim Zhitlowsky, einem jüdisch-nationalen sozialistischen Theoretiker, der sich mit dem Marxismus auseinandersetzte, und zu Joseph Berger, dem in Palästina wirkenden kommunistischen Aktivist, der Opfer des Stalinismus wurde, steuern Kay Schweigmann-Greve und Mario Keßler bei. Über die 50. Linzer Tagung berichtet Jürgen Hofmann. Zahlreiche gehaltvolle Buchbesprechungen komplettieren das Periodikum.

*Rainer Holze / Birgid Leske*